

Die Redaktion... Druckerei... Verleger...

Abnahme... Expedition: Berlin NW 6...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erregte Debatten im Preußenhaus.

Die Briefe der Hohenzollern.

Zimmer energischer wird der Vorstoß der Alldeutschen für die Hohenzollern...

Mein lieber Junge!

Kabden der Feldmarschall gemeldet hat, daß er meine Sicherheit im Hauptquartier nicht mehr verürgen könne...

Dein treuer, Hefgebogter Vater

Wilhelm

Ebert hatte am 11. November ein Angebot des Kronprinzen auf seinem Posten zu bleiben...

Im Gegensatz zu vielen ungerichten Stimmen, die mich von jeder als Anführer und Reaktanz hingehalten...

Seit Jahr und Tag habe ich in den diesen Unterredungen mit General Ludendorff einen weisen Verständigungs...

Es ist eine Dreistigkeit, wenn die alldeutschen Blätter aus diesen Briefen die Folgerung ziehen...

Es ist anzunehmen, daß im Laufe der nächsten Zeit noch weitere Enthüllungen über die Vorgänge zwischen dem 9. und 11. November erfolgen werden...

liche Unmohrhaftigkeit der maßgebenden Führer jener Tage wird offensichtlich dazu führen...

Diese Sprache mag die Alldeutschen fünf Monate nach der Revolution zu führen! Ist das nicht ein ernstes Zeichen...

Die ungarische Revolution.

Weitere Befestigung.

Drahtbericht der Freiheit.

Budapest, 26. März. Jeder Tag der sozialen Revolution bringt Ungarn um einen mächtigen und endgültigen Schritt einer neuen Ordnung näher...

Die Haltung der Ententepresse.

Amsterdam, 26. März. Einer Neuentwertung zufolge betrachten die englischen Blätter die Handlungsweise Ungarns als eine direkte Herausforderung...

Bern, 26. März. B.Z. Die Ereignisse in Ungarn haben nicht nur die französische Presse und die Öffentlichkeit vollkommen überrascht...

Die Arbeiterräte.

Wie aus Belmar telegraphiert wird, erklärte im Verfassungsausschuss heute Reichsminister Dr. Preuß...

Ein Aktionsprogramm des Stuttgarter Proletariats.

Die Ereignisse in München und Berlin, der Streik in Mitteldeutschland hat auch im württembergischen Proletariat große Erregung hervorgerufen...

- 1. Freilassung der politischen Inhaftierten. 2. Aufhebung des Belagerungszustandes... 3. Einstellung der ausschließlich des Januarstreiks gemahregelten Genossen.

Diese Forderungen sind am 21. März der Regierung vorgelegt, von ihr aber im wesentlichen abgelehnt worden...

Der Einigungsauusschuss beschließt in einen Generalstreik einzutreten. Tag und Stunde soll von einer Kommission festgelegt werden...

Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde ein neungliedriges Komitee gebildet, bestehend aus den drei sozialistischen Parteien.

Grundlage der Bewegung bildet das „Aktionsprogramm des geeinigten Proletariats“, das der Einigungsauusschuss nach mehreren Sitzungen einstimmig angenommen hat...

In der vollen Erkenntnis, daß die derzeitige Reichs- und Landesregierung infolge des großen kapitalistischen Einflusses nicht in der Lage ist, die Revolution im Interesse der größten Masse des Volkes durchzuführen...

- 1. Schaffung eines sozialistischen Gemeinwesens auf der Grundlage des Räteystems für Reich und Gemeinde... 2. Einstellung des Krieges gegen Sowjet-Rußland... 3. Auflösung der E.A. und Freiwilligen-Regimenter...

- der Tage sind. Soziale Fürsorge für alle Arbeitsfähigen, Erwerbslosen und Kriegsbeschädigten.
- 3. Befreiung der Bestimmung, wonach Arbeiter, die infolge Streiks arbeitslos werden, keinen Anspruch auf Arbeitslosenversicherung haben.
- 8. Trennung von Staat und Kirche.
- 10. Einführung der Einheitschule und soziale Jugend-erziehung in weitestgehendem Maße.
- 11. Neuwahl der Arbeiterräte. Die Wahl hat nach Betrieben zu erfolgen, wobei in Betrieben von mehr als 1000 Arbeitern die Verhältniswahl angewandt ist. Auf je 250 Arbeiter entfällt ein Delegierter. Kleine Betriebe haben sich zusammenzuschließen bis die Zahl von 250 Arbeitern erreicht ist. Kaufmännische und technische Angestellte sind den gewerblichen Arbeitern gleichzustellen.

Der Aktionsausschuss fordert die Arbeiter auf, in Vertrauensmänner- und Betriebsversammlungen sofort Stellung zu nehmen, Sammlungen für den Kampfsfond einzusetzen und alle übrigen Vorbereitungen zu treffen.

Gegen diesen Aufruf wendet sich eine Kundgebung der Sozialdemokratischen Partei und der Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts in scharfer Weise. Der Aktionsausschuss des acinierten Proletariats wird darin als sozialistisch bezeichnet und die Arbeiterkraft zum Widerstand gegen die Generalkonferenz, die unter den gegenwärtigen Umständen ein Verbrechen wäre, aufgerufen.

Die Debatte über das Regierungsprogramm.

Sehr viel Neues bot die gestrige Debatte in der preussischen Landesversammlung, die sich mit der Regierungserklärung beschäftigte, nicht. Es war selbstverständlich, daß der Redner der Mehrheitssozialisten Haas-Köln das Programm der Regierung unterstrich mit einigen Hinweisen und Wünschen auf Durchführung begonnener Reformen. Auch der Redner der Demokraten Herr Cassel bewogte sich in demselben Rahmen, dem freien Handel und der Selbstverwaltung der Gemeinden in weitestem Maße das Wort redend. Bemerkenswert war die Erklärung des Zentrumredners Vorsch, der erklärte, daß das Zentrum keinen Finger breit von seinem Programm abgeben, wenn es in die Regierung eingetreten sei. Auch in kulturpolitischen Fragen machte es keine Konzession. Die Religion bleibe unterrichtsächlich in der Schule mit der Bedingung, daß die Teilnahme am Religionsunterricht wahlfrei sei für Lehrer und Schüler. Andererseits erwarte das Zentrum nach dem Bekenntnis des Kultusministers Haenisch starke Förderung der Glaubensfreiheit durch den Staat. Das Zentrum hat tatsächlich gestimmt. Es hat nicht die geringsten Konzessionen gemacht.

Von Interesse war die Rede der deutschnationalen Partei, des Herrn v. Kardorff. Klar und offen entwickelte dieser junkerliche Landrat mit der den Junkern gewohnten Rücksichtslosigkeit das Programm der Konserverativen. Seine Freunde stellen sich auf den Boden des parlamentarischen Systems, obwohl sie wehmütig an das alte Preußen zurückdenken. Stürmische Proteste rief Kardorff hervor, als er von der Gewissenlosigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte und dem Revolutionschwandel sprach, wobei er sich auf Aussagen Scheidemanns über die Wirklichkeit beziehen konnte. Der Sturm und die Empörung waren so stark, daß der Redner längere Zeit nicht reden durfte. Den Konserverativen wurde von den Unabhängigen zugerufen: „Seid froh, daß die Arbeiter- und Soldatenräte euch noch hier sitzen lassen!“

Die Angriffe auf die Regierung riefen sofort zwei Minister auf den Plan. Herr Girsch wandte sich mit Entschiedenheit gegen Herrn Kardorff und Herr Südekum ging des näheren auf die Behauptung Kardorffs über die Wirksamkeit der Arbeiter- und Soldatenräte ein. Was Herr Südekum darüber sagte, klang anders, als was dieser sanfte Heinrich am Tage vorher gesagt hatte. Südekum wies an der Hand einer Anzahl Beispiele nach, daß die Ausgaben der Arbeiterräte sich in erträglichen Grenzen gehalten hätten. Und so das nicht der Fall gewesen sei, da fänden Gegenden in Betracht, in denen keine politische Schulung durch die Sozialdemokratie vorhanden gewesen sei, wo deklassierte Bourgeois und mildgeordnete Epiehbürger sich an die Spitze der Arbeiterräte gedrängt hätten. Es sei unbestreitbar, daß die Arbeiterräte sich ungewissenhaft große Verdienste erworben hätten.

Als erster Redner ging Genosse Dr. Rosenfeld mit dem neuen Kurs ins Geschick. Unser Genosse zeigte, wie weit die Mehrheitssozialisten es gebracht hätten, daß sie mit dem Zentrum zusammenwirkten und sich ihm untergeordnet hätten. Denn in Kulturfragen gebe das Zentrum nicht nach. Und nun lekte Rosenfeld die Kritik an den Taten der Regierung an. Die Rechtsprelle sei durch seine Minniei, in unerhörtester Weise würden unschuldige Menschen ins Gefängnis geworfen. Von Amnestie kein Wort. Den Arbeiterräten weicht die Regierung aus. Dem Proletariat Ungarn sprach Rosenfeld die wärmste Sympathie des deutschen Proletariats aus.

Herr Heine, der neue Minister des Innern, suchte sich in der ihm eigenen schmeicheleiartigen Weise gegen die Fische zu wehren. Die Genosse Rosenfeld haardicht wegen der politischen Verfolgungen und Willkürakte in der neuen Ära ihm verabsolgt hatte, und suchte sich zu deden, so gut es ging. Amnestie wäre in parlamentarisch regierten Ländern nicht ohne weiteres gegeben worden. In Ausnahmefällen könne man Gnade wanken lassen. Natürlich waren wieder die Unabhängigen die Karnickel. Ein würdiger Nachfolger Buttkammers, dieser Minister des Innern!

Bittere Wahrheiten.

In der „D. Tagesztg.“ polemisiert Herr v. Oldenburg-Kanuschan gegen den „Vorwärts“. Er richtet dabei an das Blatt folgende Fragen:

„Und nun zum Schluß eine Entgegnung auf den Anfang des Artikels, in dem der „Vorwärts“ sagt, daß die preussischen Junker, die bespöchtelte, früher herrschende Clique, durch die Revolution verhältnismäßig glimpflich behandelt worden und es daher wagen, die Sprache zu führen, wie sie die Generalkonferenz des Bundes der Landwirte hören ließ. Wer ist es denn, der die jetzige Regierung und das Vaterland vor dem Spartakus bisher: schützt, vor dem Feind des russischen Volkswirrus, vor der Hefferkutung durch das Bolzevium? Das sind doch die Leute, die der „Vorwärts“ als

Junker und Junkerengenossen zu verunglimpfen pflegt. Wer ist es denn, der den unfähigen, kennnislosen Angehörigen der Revolution den Rufertakt an der Regierungskurve ermöglicht, ohne daß der ganz: Betrieb im Lande stillsteht? Das ist das alte Beamtentum, das als Junkerherrschaft verstanden wurde.“

Es ist bitter, daß der „Vorwärts“ sich das von einem Oldenburg sagen lassen muß. Aber daß die Herren jetzt noch eine solche Sprache führen dürfen, ist allein Schuld der rechtssozialistischen Politik.

Die Entstehung des deutschen Waffenstillstandsangebots.

Gegenüber den Presseäußerungen, die die Verantwortung für das Waffenstillstandsangebot den Zivilbehörden zuweisen wollen, wird jetzt amtlich mitgeteilt:

Das Waffenstillstands- und Friedensangebot von Anfang Oktober ist, wie die jüngst veröffentlichten drei Telegramme des Generals Ludendorff vom 1. Oktober beweisen, durch die Oberste Heeresleitung veranlaßt worden. Prinz Max von Baden hat sich gegen die Zumutung, sofort bei seinem Amtsantritt an die Spitze der Wehrmacht eintrittsangebot heranzutreten, heftig gestraubt. Sein Widerstand ist aber durch die immer erneuten Hinweise der Obersten Heeresleitung auf eine drohende militärische Katastrophe gebrochen worden. Es ist aber auch unrichtig, daß die Oberste Heeresleitung Anfang Oktober immer wieder betont hätte, die Wehrmacht würde gegebenenfalls imstande sein, dem Feinde weiterhin Widerstand zu leisten. In den Telegrammen des Generals Ludendorff vom 1. Oktober steht davon kein Wort. Aber auch das Schreiben des Generalfeldmarschalls Hindenburg, auf dessen Befehl ein Presseamt der Telegraphen-Union so großes Gewicht legt, enthält davon nichts. Wir veröffentlichten hiermit den bisher unbekanntes Brief des Generalfeldmarschalls, der ein ungeschöntes Bild von der Lage gibt, die Prinz Max bei seinem Amtsantritt vorfand:

Berlin, den 3. Oktober 1918.

An den Herrn Reichskanzler.

Die Oberste Heeresleitung steht bei ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe eines Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der mag. deutschen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Wehrkräfte und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlopfen der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer schneidend und wehrtauglich. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volk und seinen Verbündeten nuplice Opfer zu ersparen. Jeder veräuerte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

(gez.) v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

Auf Grund dieses faktenbasierten Urteils mußte jede ihrer Verantwortung sich bewußte Regierung im Interesse unseres blutenden Heeres das Waffenstillstandsangebot erlassen. Es stand jedoch von vornherein fest, daß nur das Wilsonsche Programm die Grundlage eines später abzuschließenden Friedens bilden konnte. Von dieser Grundlage ist bisher weder die Regierung des Prinzen Max noch die Regierung der Revolution abgewichen.

Die Ausfahrt der Lebensmittelschiffe.

Das Geschrei der bürgerlichen Presse und des „Vorwärts“ gegen die Seelente, die angeblich Deutschlands Bevölkerung verhungern lassen wollen, hat sich als eine übertriebene Hege herausgestellt. Eine Rinderheit der Seelente weicht aus wirtschaftlichen Gründen nicht ausfahren, ohne Garantien für ihre Existenz zu erhalten. Sie ist aber durch die eigenen Kollegen betrüht worden, daß das Allgemeininteresse höher steht, als das Einzelinteresse einer kleinen Schicht.

Wie jetzt sowohl aus Hamburg wie auch aus Bremen gemeldet wird, nimmt die Ausfahrt der Schiffe in beiden Orten betrübendsten Fortgang. Täglich läuft eine größere Zahl von Schiffen aus. Ingesamt sollen in Hamburg 120 Schiffe zur Ablieferung kommen.

Die Festschließung der Schuld am Kriege.

Die deutsche Regierung hatte im November den Regierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Die englische Regierung hat diesen Vorschlag abgelehnt, da die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst ungewisselhaft feststeht. Gegen diese Auffassung hat die deutsche Regierung protestiert. Die Entente mache sich an, Unfälle und Richter zugleich zu sein. Deutschland könne einen Antragspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgehe, die das gesamte Kriegsmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Öffentlichkeit zu erheben.

Ein Heber.

Durch den Erlass des Kriegsministers über die Neuorganisation der Kommandogewalt wurde den Soldatenräten das Recht genommen, fernerhin noch Offiziere, die das Vertrauen der Mannschaften nicht mehr besitzen, abzuziehen. Man berante damit die Soldatenräte einer der wichtigsten Rechte. Sie führten nunmehr nur noch ein Stimmrecht und sind heute so gut wie an die Wand gequert. Immerhin hatte man den Soldatenräten, um es nicht ganz mit ihnen zu verderben, zugefagt, daß sie die Absetzung vertrauensunwürdiger Offiziere beantragen könnten. Dieses Jugendbündnis war aber lediglich ein Verschleierungspulver. Jeder Kenner militärischer Verhältnisse sah von vornherein, daß die Soldatenräte mit der Anwendung dieses Scheinrechtes absolut nichts erreichen würden.

Ein typisches Beispiel dafür bildete der Fall des Generals v. Bötzmann. Dieser Herr hat durch die Revolution absolut nichts gelernt. Er ist eingeschwoorener Militarist und sieht in den Soldatenräten lediglich die Kulis, die das auszuführen haben, was er ihnen befiehlt. Schon wiederholt ist daher seine Absetzung verlangt worden. Auch in der letzten Vollversammlung der Soldatenräte des Gardekorps wurde diese Forderung erhoben. Zur nicht, Herr v. Bötzmann bleibt, und die „zukünftige Stelle“ versucht, dieses sonderbare Verhalten wie folgt zu rechtfertigen:

Wie die P. S. N. an zukünftiger Stelle erfahren, hat sich im Verlauf des Konflikts zwischen dem Korpsfeldwebel und

dem Generalkommando des Gardekorps, der bekanntlich in der Forderung auf Absetzung des kommandierenden Generals v. Bötzmann gipelte, gezeigt, daß der größere Teil der Gardekorpsangehörigen durchaus nicht hinter dem Korpsfeldwebel steht und sich bei der Auffstellung der Forderungen hat überzumpeln lassen. Bei dieser Lage der Dinge dürfte auch auf Seiten der Regierung wenig Neigung bestehen, den Forderungen nach Absetzung des kommandierenden Generals entgegenzukommen.

Das ist eine ganz dreiste Rechtfertigung! Der Beschluß des Korpsfeldwebels wurde gegen eine einzige Stimme gefaßt. Wie kommt also die Regierung zu der Behauptung, der größere Teil der Gardekorpsangehörigen stünde nach wie vor hinter Bötzmann? In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Regierung Herrn v. Bötzmann nicht gehen lassen will. Er ist von den Weisheit des Edenhotels erfüllt, er verbreitet diesen Geist in Kriegsministerium, und dieser Geist ist der Regierung angenehmer als der Geist der Demokratie, der aus der Forderung der Soldatenräte spricht.

Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte.

Die gestrige Vollversammlung der Berliner Arbeiterräte nahm Stellung zu den Vorschlägen, die seitens der Unabhängigen, der Mehrheitssozialisten und den Demokraten für den bevorstehenden Rätekongreß eingebracht worden waren.

Vor Eintritt in die Tagesordnung rief der Vorsitzende Büchel mit, daß die sozialdemokratische Fraktion der Arbeiterräte ihren Widerspruch gegen die Vorschläge der Arbeiterräte fallen gelassen habe, so daß nunmehr die Wahl der Delegierten zum Rätekongreß in der Vollversammlung am kommenden Freitag vorgenommen werden soll. Zur Begründung der von der U. S. P. D. eingebrachten Änderung erhielt nunmehr das Wort

Richard Müller: Er führte u. a. aus: Der zweite Rätekongreß stimmt und nicht freudig und hoffnungsvoll, sondern er macht und miktrotisch. Denn es ist im hohen Grade wahrscheinlich, daß der Kongreß

eine rätselhafte Mehrheit

haben werde. Auch unter den Räteanhängern herrsche noch große Unklarheit, und deshalb war eine genaue Umschreibung dessen, was wir wollen, notwendig. Es ist allerdings leicht, außerhalb des Kongresses zu leben und rab'ne Medien zu fassen, als an einem ernsthaften Aufbau des neuen Deutschlands mitzuarbeiten. Sollte der zweite Rätekongreß reaktionärer sein als der erste, dann werden wir die Schritte unternehmen, die zur Sicherung und Fortentwicklung der Revolution notwendig sind.

Die russischen Verhältnisse sind nicht mit den deutschen zu vergleichen, deshalb müssen wir die Fehler vermeiden, die in Rußland gemacht wurden. In dem Ziel sind wir mit den Russen einig. Wir wollen auch die politische Macht in die Hände des Proletariats legen. Die Diktatur des Proletariats ist ja nicht die einer Minderheit, sondern in Wirklichkeit die einer Mehrheit. Wir dem Ruf „Alle Macht den Arbeiterräten“ kommen wir nicht weiter, das fordert nicht viel geringere Anstrengungen. Schwere ist es schon bestimmte Vorschläge zu machen, wie das Konflikt, Staats- und Wirtschaftswesen aussehen soll. Es ist unmöglich, dem kommenden Rätekongreß eine fertige Räteverfassung vorzuschlagen. Das behält einer eingehenden Vorarbeit. Aber was nötig ist, ist die Einsetzung einer Kommission, die die Räteverfassung ausarbeitet hat. Diefem Ausschuss müssen bestimmte Forderungen mit auf den Weg gegeben werden, die er auszuführen muß.

Der Ausschuss muß aber auch gefaßt werden, bis zu welchem Zeitpunkt er seine Arbeiten erledigt haben muß. Der Ausschuss muß außerdem ein Vorschlagsprogramm ausarbeiten und

bis spätestens Juni einen neuen Kongreß einberufen.

Dieser neue Kongreß muß auf Grund von Wahlbestimmungen gewählt werden, die den von uns aufgestellten Forderungen entsprechen. (Ausk: Er wird sich hüten!) Nun, Genossen, noch müssen wir ja nicht, wie er ausfällt. Ich habe vorher darauf hingewiesen, daß die Revolutionierung der Welt soweit vorgeschritten ist, daß selbst die geringsten Parteimagagnen diesen Geist nicht zu bannen vermögen.

Das Industrie- und Landarbeiter-Proletariat wird niemals allein das Wirtschaftswesen aufrichten können, wir bedürfen auch der Mitarbeit der Intellektuellen: alle Kapitalarbeiter im weitesten Sinne müssen dabei mitwirken. Dann kann man auch nicht mehr von einer Diktatur einer Minderheit sprechen; das wäre dann die Diktatur, die wahre Diktatur des Proletariats, die Herrschaft des werktätigen Proletariats. Das muß als Grundlage für den Aufbau der Räteverfassung dienen.

Unser Antrag stellt sich auf diese Grundlage. Der Antrag der Demokraten steht mit einigem Abstand von uns auf diesem Boden, aber der Antrag der U. S. P. D. verläßt diesen Boden. Wir fordern weiter, daß das gesamte Proletariat, Land- und Kapitalarbeiter, in Arbeitsorganisationen zusammengefaßt werden. Es kann nicht geben, daß man eine Räteorganisation wählt und bestimmte Teile des Volkes ausschließt, wie das z. B. von den Mehrheitssozialisten durch die Arbeitsgemeinschaft verlangt wird. Zum Aufbau können die bestehenden Gewerkschaften verwendet werden. Die Gewerkschaften haben zweifellos einen guten Apparat, der beim Aufbau der Arbeitsorganisation wertvolle Dienste leisten kann. Auch die Landarbeiter und Bauern müssen in dieser Arbeitsorganisation vertreten sein. Bauern, soweit sie nicht fremde Verlonen gegen Entgelt beschäftigen. Wir vertreten nicht den Standpunkt, daß Unternehmer hineingezogen, im Gegenteil zu den Demokraten, die auch den Internedreien eine Vertretung schaffen wollen. Man kann auch den größten Industriellen als einen idealen Menschen beschreiben, aber wenn er Besitzer der Produktionsmittel ist und fremde Menschen für sich arbeiten läßt, kann er nicht in die Arbeitsorganisation aufgenommen werden.

Eine äußerst schwierige Frage ist es, wie soll nun das Räte-system von unten bis nach oben aufgebaut werden? Wir schlagen vor, daß Handel, Gewerbe und Industrie, selbständige Organisationsgruppen bilden, und daß innerhalb dieser Organisationsgruppen die Arbeiterräte gewählt werden. Während die Arbeiterräte nur für den engen Kreis ihre Tätigkeit ausüben können, steht den Arbeiterräten weit mehr zur Verfügung zu. Es ist das, was wir heute schon haben. Dieser Aufbau erscheint uns auch für die künftige Räteverfassung als das Gegebene, als das allein Richtige. Schwere wird uns nun sein, die Gruppen in Gewerbe, Industrie und Handel abzugrenzen. In der Industrie dürfte es ja doch leicht sein; man kann Metall-, Holz- und Lederindustrie als abgeschlossene Gruppen betrachten. Auch im Handel wird es möglich sein, aber bei den freien Berufen wird es schon schwieriger, doch wird auch hier eine Zusammenfassung bestimmter Zweige möglich sein.

Weiter sollen dann die von mir vorher bezeichneten Gruppen für bestimmte Wirtschaftsbereiche zusammengefaßt werden. Das gesamte Reichsgebiet müßte dann in Wirtschaftsbereiche gegliedert werden, z. B. Könten Groß-Berlin, Ostpreußen und Niederrhein einen bestimmten Wirtschaftsbereich bilden. Die Arbeiterräte der in diesem Wirtschaftsbereich vorhandenen Gruppen würden dann zusammenzutreten, beschließen auch die freien Berufe. Diese Gruppe würde dann die Aufgabe haben, einen Ausschuss zu wählen, der die Interessen dieser Gruppe zu vertreten hat. Aus dieser Gruppe müßte dann außer dem ein Vertreter in den Rätekongreß gewählt werden. Aus der Industrie, dem Handel, dem Gewerbe und

den freien Verufen müßt auch je ein Vertreter zum Bezirksrat gewählt werden. Dieser Bezirksratsvorsitzende ist für das Gebiet die höchste Instanz, oder, wenn man so sagen will, die Kammer der Arbeit.

Sämtliche Wirtschaftszweige Deutschlands, deren es nach meiner Schätzung vielleicht 200 geben würde, müßten dann, jeder Bezirk aus seiner Mitte, einen Delegierten zum Reichs-Wirtschaftsrat wählen. Einen ähnlichen Ausschuss wünschen auch die Demokraten, wenn auch ihr Antrag nicht so klar formuliert ist wie der unsrige.

Freier verlange wir für alle Arbeiterräte die Wahl nach den Grundfähren der Verhältniswahl. Bei den Wahlen wird man ohne die Verhältniswahl nicht auskommen können. Wenn auch die Verhältniswahl als ein schwerer Schaden für die künftige Entwicklung unserer Räteorganisation angesehen werden muß, werden wir sie doch nicht aus der Welt schaffen. Es werden also Wahlkörper gebildet werden müssen, wo mehrere Räte zu wählen sind. Das Grundlegende aber ist, daß die

Wahl der Räte nicht auf eine Zeit, sondern auf Widerruf erfolgen muß. Die Arbeiterräte müssen unter ständiger Kontrolle ihrer Wähler stehen und müssen jederzeit wieder abberufen werden können. Für eine Räteorganisation kann niemals die Bezirkswahl in Frage kommen, sondern nur eine solche nach Betrieben und Verufen.

Der Antrag der S. P. D. zeigt so recht die heillose Konfusion, die in dieser Partei über das ganze Räteystem herrscht. Vorgelassen haben wir uns über die von der S. P. D. geforderten Bezirksräte unterhalten. Da zeigte es sich, daß die Demokraten die Grundzüge des Räteystems begriffen haben, aber die S. P. D. nichts von diesen Grundzügen wußte. Das ganze hat ja mit einer Ausnahme der S. P. D. gerade Einmal zeigt es sich, daß die Führer nicht vom Räteystem verstehen und andererseits, wie hinter den Kulissen von den Drahtziehern die Wahlen zu parteipolitischen Zwecken ausgenutzt werden sollen.

Richard Müller geht nunmehr auf die Anträge der S. P. D. ein und legt dar, daß nicht die formale Demokratie, wie sie in diesen Anträgen zum Ausdruck kommt, die schaffenden Kräfte des Volkes auslöse. Die Rechtssozialisten wollen die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern, die Industrieverbände und die Gewerkschaften sollen den Unterbau für die Sozialisierung bilden. Das sind die alten Pläne, die bereits 1916 auftraten. Damals aber sprachen sich die Unternehmern abfällig darüber aus. Jedoch im Oktober 1918, als die deutsche Politik und Militärmacht zusammengebrochen war, suchten die Unternehmer einen Bundesgenossen, der sie vor der drohenden Sozialisierung schützen sollte; und dazu fanden sie die Gewerkschaften bereit. Diese Pläne haben auch in Weimar ein williges Ohr gefunden. Was die Regierung jetzt als ein Räteystem ausgearbeitet hat, ist diese

Arbeitsgemeinschaft nach dem Muster der Herren Silano, Lugensberg

einerseits und der Herren Legien, Bauer und Bissell andererseits. Aufgabe des Kongresses muß es sein, diesen Plänen mit einem entschiedenen Nein entgegenzutreten. Wir wollen die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführen; damit scheiden für uns die Unternehmer aus. Der Antrag der S. P. D. verläßt diesen Grundgedanken, er erkennt die Unternehmer an und sichert ihnen einen Einfluß, der die Sozialisierung unseres Wirtschafts- und Staatswesens verhindern wird.

Der Antrag der Demokraten kommt unserem Antrag bedeutend näher. Es ist bezeichnend, daß die Demokraten eine größere Einsicht besitzen als die Führer der S. P. D. Ich behaupte, daß immer noch so viel Arbeiter für diese Führer verblenden. Wir müssen alle Hebelwirkungen der künftigen Sozialdemokratie abstreifen und uns voll und ganz auf den Boden der neuen Welt stellen. Alle politische Macht in die Hände der Fabrik- und Kopfarbeiter. Diese sind es, die das neue Deutschland errichten können. (Beifall.)

Büchel (S. P. D.) wendet sich gegen die Ausführungen Müllers und vertritt die Meinung, daß die Anträge der Rechtssozialisten und die der Unabhängigen im Grunde genommen ein und dasselbe seien. Er vertritt den Standpunkt, daß die Arbeiterräte als wirtschaftliche Faktoren in der Verfassung verankert werden müssen. Das Räteystem müsse das Instrument der Sozialisierung werden. Aber jeder Bürger ohne Ansehen seiner Person müsse das Recht zum Mitsprechen haben. (Beifall bei den Rechtssozialisten.)

Dr. Kaelin (Demokrat) findet aber doch einen Unterschied zwischen den Anträgen der S. P. D. und denen der Unabhängigen. Die Demokraten seien von der Voraussetzung ausgegangen, daß zunächst eine demokratische Grundanlage geschaffen werden müsse. Von diesem Standpunkt gingen sie auch nicht ab. Daneben lasse sich aber auch etwas schaffen, was die produktiven Kräfte des arbeitenden Volkes repräsentiere. Auf der einen Seite der gesamte Wille des Volkes, die Demokratie, auf der anderen Seite der soziale Wille des Volkes, das Räteystem. Redner tritt dann für die S. P. D. ein und gegen Zwangsorganisationen ein. Auch eine Beschränkung auf einen bestimmten Personenkreis lasse sich nicht durchführen, da hier scharf umrissene Grenzen nicht bestehen. Wir wollen keinen Arbeiterrat, sondern einen Kulturrat, in dem Hand- und Kopfarbeiter, alle produktiven Kräfte des Volkes zusammengeschlossen sind. Den Arbeiterräten solle nur ein wirtschaftlicher, aber kein politischer Einfluß eingeräumt werden. Das Recht zu einem Referendum läutere sie noch haben. Die Nationalversammlung müsse aber das letzte Wort behalten.

Der Sozialist (Kommunist): Wir sind von der Notwendigkeit des zweiten Rätekongresses überzeugt, aber angesichts der Zusammenfassung dieses Kongresses stehen wir auf dem Standpunkt, lieber gar keinen als diesen. Denn dieser Kongress wird die Körperlichkeit der Räte als revolutionäres Organ nicht vorwärts treiben. Er wird zeigen, daß die Räte sich ihrer Aufgabe noch nicht bewußt sind. Es wird eine Komödie sein, die sich vollziehen wird. Der Rätekongress tritt unter dem Belagerungszustand zusammen, den die Rechtssozialisten gestern noch im Rathause aufrechterhalten wissen wollten. (Lebhafter Ruf: Stim!) Auf dem Panoptikon kommen so verschiedenartige Delegierte zusammen: aus Bezirksräten hervorgegangene, in Betrieben und Verufen Gewählte und gar nicht Gewählte, die sich selbst ernannt haben. Der Redner wendet sich dann in längeren Ausführungen, formwährend durch Urrufe und Rufe unterbrochen den verschiedenen politischen Tagesereignissen zu und begründete im wesentlichen damit die ablehnende Haltung der Kommunisten. Er schließt mit den Worten: Mit dem demokratischen Gedanken sind Sie auf dem Holwege. Was ist denn heute Demokratie? Die Abstimmungen. Bis zu einer neuen Abstimmung haben Sie aber dann nichts mehr zu sagen. Sie haben anscheinend keine Courage, aber das Rudicon einüberzugehen. (Sturm, Beifall.)

Zwischen ist ein Antrag der kommunistischen Partei eingelaufen, die Reichsregierung aufzufordern, den Belagerungszustand sofort aufzuheben. Daumig (S. P. D.), der dann das Wort erhält, wendet sich dagegen, daß das Wort Räteystem von allen Rednern angewendet werden sei. Nach meinem Dafürhalten ist das, was uns hier beschäftigt, nicht eine Verankerung des Räteystems als solches, sondern es sind nur Vorstöße zu einer Organisation der jetzt bestehenden Einrichtungen. Das Räteystem kann nicht auf jetzt bestehenden Einrichtungen, sondern ganz wo anders. Es ist eine Frage. Es ist auch ganz falsch, bei den Arbeiterräten immer eine Trennungslinie zwischen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu ziehen. Eine Organisation der Räte kann man nicht schaffen zusammen mit dem Kapital, da kommen sie aus der Finanzwelt nicht heraus. Der Unterschied zwischen

dem und uns in der: während sie sagen, durch Demokratie zum Sozialismus, sagen wir,

durch Sozialismus zur Demokratie.

Marx hat uns gelehrt, daß wir jedes Mittel für den proletarischen Klassenkampf benutzen sollen. Die der Rätekongress also auch zusammengeführt sein mag, wir benutzen unsere Anträge dazu, sie zu einer Gruppe im revolutionären Deutschland zu machen. (Beifall.) (S. P. D.): Einmalige Rede von einem Vertreter der Arbeiter und langjamer als die unsrige. Leute liegen die Dinge so, daß weite Kreise einer Sozialisierung so mißtraulich gegenüberstehen. Und mit ihnen muß man rechnen. Unsere Anträge treffen nur einen bloßen Namen dar. Man kann in sie hineinstecken, was man für gut befindet. Es war zwar nicht gerade parteipolitisch sehr geschickt, daß der Antrag überhaupt eingebracht worden ist. Wir wollen die Parität und die Arbeitsgemeinschaft zu einer Hochschule für die Arbeiter machen, damit sie einst die Räte übernehmen können.

Dr. Thiele (Demokrat): Wir sind der Ansicht, daß, nachdem der erste Rätekongress gelang und der Zentralrat gewählt war, die Tätigkeit der Räte nur noch eine beschränkte sein konnte. Von dieser Ansicht bin ich aber abgekommen, und zwar durch den Verkehr mit Ihnen hier. Wir müssen uns nun darüber auseinandersetzen, welche Aufgaben Ihnen zustehen. Wir müssen praktisch arbeiten. Das wisse Reden und Protokollieren, wie es von der ganz linken Seite hier hineingebracht wird, fördert doch nicht das Problem. Daß die Arbeiterräte weiter existieren, wird in Deutschland keine Macht mehr verhindern können. Wir als Demokraten sind der Ansicht, daß Arbeiterräte als wirtschaftliche Faktoren beibehalten werden sollen.

Damit ist die Aussprache beendet. Von allen Fraktionen liegt eine Erklärung vor, daß eine Abstimmung über die Anträge nicht vorgenommen werden soll, sondern daß sie als Material zum Rätekongress zu überweisen sind. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Antrag betr. Aufhebung des Belagerungszustandes wird dann einstimmig angenommen.

Gegen welche Stimmen gelangt dann ein Antrag zur Annahme, den revolutionären Arbeitern in Ungarn nachstehendes Sympathietelegramm zu übersenden:

„Die Vollversammlung der Groß-Berliner S. P. D. begrüßt den Sieg des ungarischen Proletariats und die Gründung der Räterepublik Ungarn. Sie erklört in dem heroischen Kampf des ungarischen Proletariats einen Teil des Kampfes des gesamten internationalen Proletariats gegen Kapitalismus und Weltkriege. Die Vollversammlung verspricht, das ungarische Proletariat nach Kräften in seinem Kampf zu unterstützen, und nicht eher zu ruhen, bis der endgültige Sieg des Sozialismus in allen Ländern gesichert ist.“

Bewerkschaftliches.

Reichskonferenz der Eisenbahn-Arbeiterräte.

Am 3. und 4. April d. J. findet in Frankfurt a. M. im Eisenbahndirektionsgebäude eine Reichskonferenz der Eisenbahner-Arbeiterräte mit nachstehender Tagesordnung statt:

1. Konstituierung.
2. Revolution und Staatsarbeiter.
3. Sozialisierung und Demokratisierung der Betriebe und der Verwaltung.
4. Welche Maßnahmen sind zur Durchführung unserer Forderungen zu ergreifen?
5. Das Räteystem und die Gewerkschaften.
6. Verschiedenes.

Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Ortsgruppe Groß-Berlin.

Am Freitag, den 28. d. M. nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 16 eine Versammlung sämtlicher Reichsangehöriger Groß-Berlins statt. Tagesordnung: 1. Die Verhandlungen mit der Krankenkassenkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Die Bronkenteilung.

Groß-Berlin.

Berlin, die Stadt ihrer Träume.

Es lebt sich herrlich in Berlin. Nachdem ganze Straßenzüge zusammengebrochen und die Feldenkollen mit handbreitlich Emorbideten überfüllt sind, ist Ruhe und Ordnung eingelebt. Für die Regierungstruppen gibt es also augenblicklich keine Beschäftigung mehr. Sie wollen aber nicht aus Berlin heraus, und um hier bleiben zu können, hat sich ein Heimschutz deutscher Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften gebildet, der an die preussische Staatsregierung die öffentliche Auforderung richtet, dem Drängen der „Spartakisten“ nicht nachzugeben und die Regierungstruppen weiter in Berlin zu belassen.

Die Sorge für Ruhe und Ordnung wird durch diese Bettelarmee rechtlich gerückt. Sie ist für die Freiwilligenkorps zu einer Drohsache geworden. Sie brauchen nur zu ruhen, um leben zu können. Wird die Ruhe durch niemand gestört, so wird diese Etüde als nahe bevorstehend gemeldet. Das Gespür des Generalkorps wird von neuem an die Wand gemalt; da aber auch dieses Mittel nicht mehr genügend verlängert, ist man auf einen neuen Trick gekommen: Die Einwohner Berlins sollen jetzt durch Unterschrift den Wunsch der Regierungstruppen unterstützen, recht lange in Berlin bleiben zu können.

Man geht also schon Unterschriften sammeln, um seine Tatsachenberechtigung zu beweisen. Die Stadt braucht die Regierungstruppen nicht, sie selbst aber brauchen Berlin. Wir glauben, daß sich's von ihrem Standpunkte aus hier noch gut leben läßt. Sie haben so mancherlei Vorteile, die ein anderer nicht hat. Wir glauben ihnen auch, daß sie an diesen Vorteilen hängen, oder sie sollten sich doch ein wenig des Satzes erinnern, der lange Zeit in Miesentlettern an allen Plakatsäulen prangte: „Nur die Arbeit kann uns retten!“ Ihn müßte man ruhig auf Berlin vertragen, auch wenn das Bild der Stadt noch so lieblich durch die Träume gaukelt.

Zur Wohnungsnot.

Und wird gelögert: Wenn man täglich die Presse verfolgt, so liest man jeden Tag von der herrschenden Wohnungsnot, die ja wirklich sehr groß ist.

Um so mehr muß man sich darüber verwundern, daß neun große, modern gebaute Reichshäuser im Norden Berlins unbenutzt stehen. Es sind dies die Häuser, die der R.E.G. in der Brunnenstraße und Volkmannstraße gebaut.

Da ein Fabrikneubau in der nächsten Zeit infolge der jetzigen Umstände doch nicht zu erwarten ist, so mühen doch die maßgebenden Stellen mit darauf hinzuwirken, daß die R.E.G. vielleicht die leerstehenden Reichshäuser bis auf weiteres wieder vermietet.

Es wären da mindestens 150 Wohnungen geschaffen. Bei solcher Veränderungen bedarf es nicht, da die Häuser noch in gutem Zustande sind.

Die R.E.G. habe diese Wohnhäuser vor dem Kriege gekauft, um ihre Fabrikgebäude zu vergrößern, nachdem aber der Krieg ausbrach, kam es damit nicht zur Ausführung des Fabrikbaus. Hoffentlich trägt dieser Hinweis dazu bei, daß diese leerstehenden Wohnhäuser der wohnungsjuchenden Arbeiterschaft zugänglich gemacht werden.

Wir bringen diesen Hinweis an die Öffentlichkeit und erwarten, daß sich der Magistrat Berlin damit befaßt und untersucht, ob nicht im Sinne des Einverständnisses von den leerstehenden Wohnungen Besitz ergriffen werden kann.

Achtung! Arbeiterräte der U. S. P. D.

Heute mittag, 1 Uhr, findet im Plenarsaal des Herrenhauses, Leipziger Straße, eine Fraktionsführung der Arbeiterräte der U. S. P. D. statt. Vollständiges Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung unbedingt erforderlich. Der Fraktionsvorsitzende der U. S. P. D. - Arbeiterräte, Sommerfeld.

Die Norddeutsche Wägenbauanstalt und Maschinenfabrik teilt uns zu der Königlichen Abbau der Löhne mit, daß die Direktion mit der Einstellung von Arbeitern nichts zu tun habe; die Einstellungen geschähen durch die Meister bzw. Betriebsleiter. Der von uns angeführte Stundenlohn von 1,65 M. bediene sich lediglich auf Maschinenarbeiter, die zugleich mit Werkzeugmachern durch Insektiv gesucht worden seien. Zu diesem Lohn komme noch ein Zuschlag von 20 Prozent, so daß sich der Lohnsatz für Maschinenarbeiter auf 1,98 M. stellt. Ein Werkzeugmacher sei schon aus der Zahl der Bewerber ausgewählt worden.

R. S. P. Charlottenburg! Das Preuss. Externat der Republikanischen Soldatenwehr teilt mit: Die Angehörigen des aufgestellten Devots in der Republikanischen Soldatenwehr, Charlottenburg, Fasanenstraße 87, haben ihre Verleumdungsbüchse, soweit dies noch nicht geschehen ist, dortselbst umgehend abzugeben. Wer bis zum 30. 8. 1919 keine Sachen nicht abgegeben hat, wird strafrechtlich verfolgt werden. Wohnung wird dortselbst bis zum 17. 8. gezahlt.

„Dunkel Neues Vaterland“. Heute abend 10 Uhr im Plenarsaal des Herrenhauses Herr v. Gerlach über den Zusammenbruch der deutschen Sozialpolitik. Karten A 1 M. an der Abendkasse.

Freie Turnerschaft Reuthstr. 10. Heute, Freitag, Zusammenkunft aller Männer-, Frauen- und Lehrlingsabteilungen in der Turnhalle Weisstr. 10-20, nicht in der Kaiser-Friedrich-Straße.

Lebensmittellisten.

Reinholdsdorf. Auf Abschnitt 107 der Lebensmittelliste Groß-Berlin werden 200 Gramm Wurstsalz zum Preise von 50 Hg. abgegeben. Die Anmeldung bei den Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 31. d. M. zu erfolgen. — Auf Abschnitt 16 der Liste wird ein Ei abgegeben. Das Ei und der Hahn das Verkaufs mit früher bebranntgegeben. Die Anmeldung bei Kleinhandlern und den amtlichen Verkaufsstellen hat bis einschließlich 27. d. M. zu erfolgen. — Diejenigen Familien mit 3 und mehr Kindern, welche die auf Grund von Besondereinrichtungen der Liste noch nicht abgeholt haben, werden hiermit aufgefordert die Wolle am Donnerstag, den 27. März, in der Zeit von 9-1 Uhr in der 1. Gemeindefabrik in Empfang zu nehmen. Die nicht abgeholt Wolle wird auf Ausweis zum Preise von 1,95 M. für 50 Gramm abgegeben.

Trennburg. Der auf 1. März der Lebensmittelliste angemeldete Preis wird am Freitag und Sonnabend, den 28. und 29. März, gegen die entsprechenden Quittungskarten durch die Verkaufsstellen ausbezahlt, bei welcher die Anmeldungen erfolgen und 1919: pro Kopf 250 Gramm zum Preise von 98 Hg. per Kilogramm. Auf Nr. 153 und 154 werden Narmelche und Suppen zum Verkauf angeboten. Die Lebensmittellisten sind von den Besondereberechtigten am Donnerstag und Freitag, den 27. und 28. März 1919, bei den Verkaufsstellen anzusehen, bei welchen der Bezug der Lebensmittel beschlagnahmt wird. Die Verkaufsstellen sind angewiesen, Anmeldungen zurückzunehmen.

Aus den Dramatizationen.

Niederbarnim.

Der Redner-Unterrichtskursus beginnt am Dienstag, 1. April, abends 8 Uhr, im „Café Bellevue“, Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Eine besondere Einladung erfolgt nicht. Die Bezüge wollen die Gewählten darauf aufmerksam machen. Mitteilungsbuch legitimiert. Der Redner-Vorstand.

Hankow. Die für Donnerstag, den 27. März, geplante Versammlung kann wegen Referentenmangel nicht stattfinden und ist auf Mittwoch, den 2. April, verlegt.

Reinholdsdorf-West. Freitag, 28. März, abends 7 Uhr, Fortsetzung der Generalversammlung in Görden „Waldschloß“, Elsbachstraße, Ecke Waldstraße. Tagesordnung u. a. Bericht des Arbeiterrats. Wahl von zwei Arbeiterräten.

Oranienburg. Freitag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Kramm, Schloßstr. 34. Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt. Wichtiges Tagesprogramm.

Freie Jugend Groß-Berlin. Gruppe Französer Vorstadt. Donnerstag, 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Gorn, Schlemmerstraße 15, Zusammenkunft.

Freie Jugend Groß-Berlin. Der Diskussionsabend findet am Sonntag, abends in der Bildungsschule statt. Thema: Die Freie Hochschulgemeinde für Proletariat. Anfang pünktlich 7 1/2 Uhr. Legitimation ist mitzubringen.

Freie Jugend Lichtenberg. Freitag, 28. März: Gruppenerstauskunft. — Sonntag 30. März, Wanderung nach Ehrbar. Treffpunkt 10 1/2 Uhr am Bahnhof Stralau-Kummelsburg. Jahrgeld 1,10 M. Instrumente und Liebertäter mitbringen.

Freie Jugend Charlottenburg. Donnerstag, 27. d. M., Mitgliederversammlung im Restaurant Thelen, Kaiser-Friedrich-Str. 43b. Jugendlicher Vertrauensrats in den Reichsbund. Unsere Sitzung findet am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, statt. Einhalten aller unbedingt notwendig. Sekretariat, Schilderstr. 5-6.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiegand, Reuthstr. 10. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, o. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schilfbaustr. 12.

Wer seinen Kindern

Berliner Stadtanleihe von 1919

hinterläßt,

baut ihnen ein sicheres Nest.

Theater und Vergnügen.

Volkstheater. Theater am Bülowplatz
Direktion Friedrich Kapsler.
7 Uhr: Das.
7 Uhr: Das.

Opernhaus
Richard Strauß-Weche
3. Abend
7 Uhr: Ariadne auf Naxos.

Schauspielhaus
7 Uhr: Kreuzschreiber.
Direktion Max Reinhardt

Deutsches Theater
7 Uhr: Das das Licht schenkt
in der Farsen.

Kammerspiele
7 Uhr: Fasching.

Kleines Schauspielhaus
7 Uhr: Die Schöne der Pandora

Lesing-Theater
Victor Barnowsky.
7 Uhr: Peer Gynt.
Freitag: Der rote Hahn.
Sonnabend: Der Blaufuchs.

Deutsches Künstler-Theat.
7 Uhr: Der Schöpfer.
Freitag: Der Schöpfer.
Sonnabend: Der Schöpfer.

Central-Theater.
7 Uhr: Die Schöne von
Alten.

Wissenschaftliches Theater.
7 Uhr: Der Postillon von
Lyonnais.

Wissenschaftliches Theater.
7 Uhr: Hagneri.

Das Urmalerhaus.
H. Teil.

Kleines Theater.
7 Uhr: Saffo moriale.

Komische Oper.
7 Uhr: Schwarzwaldmädel.

Opernhaus.
7 Uhr: Die spanische Flegel.

Metropol-Theater.
7 Uhr: Die Faschingstee.

Neues Opernhaus.
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Palast-Theater.
7 Uhr: Christus.

Anatol.
7 Uhr: Zur Wieda Kummel.

Italien-Theater
7 Uhr: Die Lorelei singt.

Madame Sherry.
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Walther-Theater
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Casino-Theater.
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Vater Knolle.
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Wintergarten
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Vortragsvorstellung
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Lehrung! Deutsche Waffen-
und Munitionsfabrik.
Wittenau, Waffenbau.

Zeppelin-Werke
7 Uhr: Die keusche Susanne.

Facharzt
für Haut-, Hals-, Frauen-
krankheiten, Salzwasserbäder.
— Diagnostik, —
— Soziale Heilung v.
— spezielle Krank-
heiten der Harnorgane in
Dr. Ritters Jägerstr. 12
11-1, 6-7, Sonntag 11-1.

Junges Mädchen
möbliert Zimmer

Homböden
1. Melbner

Mügelstr. 25
am Bahnhof

Praktische Bücher
"Die elektrotechnische Praxis"

Verlag Schran & Co.
Steinmetzstr. 25 I.

Speditionswechsel!

Die bisherige Spedition **Kordzien, SW, Solmsstr. 4**, wird mit 1. April l. J. zu **Girschner, Gitschiner Strasse 92** verlegt. Der erstgenannte Spediteur wird daher von diesem Tage an unsere Zeitung nicht mehr bestellen. Wir bitten alle unsere Abonnenten, welche bisher durch Kordzien unsere Zeitung erhielten, ihre Adressen unverzüglich der neuen Spedition (Girschner, Gitschiner Strasse 92) mittels Postkarte bekannt zu geben, um eine Stockung in der Zustellung zu vermeiden.
Verlag „Freiheit“, E. G. m. b. H.

Verammlung

aller Stellenlosen Techniker, Werkmeister
und verwandter Berufe
Freitag, den 28. März, nachmittags 8 Uhr, Auf
Niederwallstraße 12.
Tagesordnung:
1. Bericht des Ausschusses über die Verhandlungen
mit Behörden.
2. Kassenbericht.
3. Bericht über den
Kauf der Stellenlosen aller technischen Berufe.

Verband

der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Freitag, den 28. März 1919, abends 7 Uhr im
Gewerkschaftshaus, Engelkestr. 15

Branchen-Versammlung

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Bureau: Melchiorstr. 28, part. Fernspr.: Moritzpl. 4787.
Webelndwieser: Gormannstr. 13.
Fernsprecher: Amt Nord 8791-8797.
Freitag, den 28. März 1919, abends 7 Uhr:
Sektions-Versammlung der Lackierer
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Sektion.
2. Diskussion.
3. Fernspr. der Sektionsleitung.
4. Berichtsangelegenheiten.
Da die Tagesordnung eine außerordentlich wichtige ist,
wird erwartet, daß unsere Kollegen und Kolleginnen
zu dieser Versammlung zahlreich und pünktlich
erscheinen.
— Mitgliedsbuch legitimiert. —
Die Sektionsleitung.

Deutscher Buchbinder-Verband

Zentrale Berlin, Buchbinderbranche.
Freitag, den 28. März 1919, nachmittags 5 Uhr, in
den „Kaminhallen“, Kommandantenstr. 58.
Branderversammlung
aller in Buchbindereien, Geschäftsdrucker-
fabriken und Buchbindereibetrieben der
Buchdruckerbranche beschäftigten Mitglieder.
Tagesordnung:
1. Bekanntgabe des Schiedsgerichts und Stellung-
nahme dazu.
2. Das Rätegesetz und die Gewerkschaften. Ref.:
Rolf Esersen.
3. Fernspr. der Branderversammlung.
Für Mitglieder der Brande haben Zutritt!
Zahlreiche Befehle erwartet!
Die Branderversammlung.
J. W. R. Wärsberger.

Verband der Surzangehörigen Deutschlands.

Zentrale Berlin.
Am Freitag, den 28. März, nachmittags 5 1/2 Uhr,
findet im Gewerkschaftshaus, Engelkestr. 15, eine
Versammlung sämtlicher Surzangehörigen Groß-Berlins
statt.
Tagesordnung:
1. Die Verhandlungen mit der Krankenkassen-
kommission.
2. Diskussion.
3. Bericht über den.
Die Branderversammlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berwaltungsbüro Berlin N. 54, Eichenstr. 83/85.
Geschäftszeit von 8-11 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Nord 155, 1239, 1987, 9714.
Montag, den 21. März 1919, nachmittags 5 Uhr,
Konferenz
aller in Nähmaschinenbetriebe beschäftigten
Vertrauensleute
im Verbandshaus, Eichenstr. 83/85, Eingangsweg.
Material über Lohn- und Rückzahlungsfragen ist
mitzubringen.
Pünktliches Erscheinen der Vertrauensleute
erwartet!
Die Branderversammlung.

Achtung! Elektromonteur!

**Achtung! Vertrauensmännerkonferenz der Elektro-
monteure.**
Donnerstag, den 27. März 1919, abends 1/2 8 Uhr,
im Hotel von Altemst, Goplienstr. 6.
Pünktliches Erscheinen der Vertrauensleute
erwartet!
Die Branderversammlung.

Praktische Bücher

„Die elektrotechnische Praxis“
Die gesamte Elektrotechnik der Neuzeit in 261 Schäl-
tungen, 2 Bände und 1 Atlas 4,50 M.
Starkstromtechnik 18,50 M. Elektrische Maße 2, — M.
Hilfsbuch für Elektropraktiker 7,70 M. Der moderne
Installateur für Gas- und Wasseranlagen pp. mit Atlas
28,50 M. Ratgeber für Dreher u. L. 1,50 M. 6. — M.
Kalkulation u. Arbeitsmethoden im Maschinenbau 7, — M.
Der Heizungsmeister 7,50 M.
Die Existenzfrage behandelt erschöpfend das Buch:
„Zielsicherer Weg zum Kapital“
1 Band, dazu die Broschüre:
„Neue bewährte chem.-techn. Rezepte“
und Herstellungsverfahren für Kleinfabrikation.
Preis portofrei 5,35 M.
Berlin W
Verlag Schran & Co., Steinmetzstr. 25 I.

Gemeinde-Vorsteher-

Zum 1. April d. J. ist die hiesige
Gemeinde-Vorsteher-
Stelle neu zu besetzen. Bewerber wollen bis zum
28. März er. ihre Zeugnisse, Lebenslauf und Angabe
der Gehaltsansprüche einreichen. Kommunalbeamte,
Kriegsdienstverweigerer werden bevorzugt.
Niederlehne, den 14. März 1919.
Kreis Beeshow-Storham.
Der Gemeindevorsteher.
J. H. Brang.

Frauentagsblatt

Zum Internationalen sozialistischen
Frauentag, der am 6. April stattfindet,
erscheint ein besonderes Frauentagsblatt
„DIE SOZIALISTIN“
Herausgegeben von KLARA ZETKIN
Das Blatt ist achtseitig, gut ausgestattet,
illustriert und enthält Beiträge führender
Genossinnen aus vielen Ländern.
Preis des einzelnen Exemplars 10 Pfg. Organisationen
erhalten das Heft für 7 Mark. — Bestellungen mit
Adressenangabe sind möglichst bald zu senden an den
Spartakus-Verlag, Lustgarten-Georgstr., Friedrichstr. 23
Preis des einzelnen Exemplars 10 Pfg. Organisationen
erhalten das Heft für 7 Mark. — Bestellungen mit
Adressenangabe sind möglichst bald zu senden an den
Spartakus-Verlag, Lustgarten-Georgstr., Friedrichstr. 23

Geschlechtskrankhe

Spezialarzt Dr. med. Karl Reinhardt,
Berlin, Potsdamer Str. 117, an der Bülowstraße.
Eingangsweg 112-114, u. 116-118, u. 120-122, u. 124-126, u. 128-130, u. 132-134, u. 136-138, u. 140-142, u. 144-146, u. 148-150, u. 152-154, u. 156-158, u. 160-162, u. 164-166, u. 168-170, u. 172-174, u. 176-178, u. 180-182, u. 184-186, u. 188-190, u. 192-194, u. 196-198, u. 200-202, u. 204-206, u. 208-210, u. 212-214, u. 216-218, u. 220-222, u. 224-226, u. 228-230, u. 232-234, u. 236-238, u. 240-242, u. 244-246, u. 248-250, u. 252-254, u. 256-258, u. 260-262, u. 264-266, u. 268-270, u. 272-274, u. 276-278, u. 280-282, u. 284-286, u. 288-290, u. 292-294, u. 296-298, u. 300-302, u. 304-306, u. 308-310, u. 312-314, u. 316-318, u. 320-322, u. 324-326, u. 328-330, u. 332-334, u. 336-338, u. 340-342, u. 344-346, u. 348-350, u. 352-354, u. 356-358, u. 360-362, u. 364-366, u. 368-370, u. 372-374, u. 376-378, u. 380-382, u. 384-386, u. 388-390, u. 392-394, u. 396-398, u. 400-402, u. 404-406, u. 408-410, u. 412-414, u. 416-418, u. 420-422, u. 424-426, u. 428-430, u. 432-434, u. 436-438, u. 440-442, u. 444-446, u. 448-450, u. 452-454, u. 456-458, u. 460-462, u. 464-466, u. 468-470, u. 472-474, u. 476-478, u. 480-482, u. 484-486, u. 488-490, u. 492-494, u. 496-498, u. 500-502, u. 504-506, u. 508-510, u. 512-514, u. 516-518, u. 520-522, u. 524-526, u. 528-530, u. 532-534, u. 536-538, u. 540-542, u. 544-546, u. 548-550, u. 552-554, u. 556-558, u. 560-562, u. 564-566, u. 568-570, u. 572-574, u. 576-578, u. 580-582, u. 584-586, u. 588-590, u. 592-594, u. 596-598, u. 600-602, u. 604-606, u. 608-610, u. 612-614, u. 616-618, u. 620-622, u. 624-626, u. 628-630, u. 632-634, u. 636-638, u. 640-642, u. 644-646, u. 648-650, u. 652-654, u. 656-658, u. 660-662, u. 664-666, u. 668-670, u. 672-674, u. 676-678, u. 680-682, u. 684-686, u. 688-690, u. 692-694, u. 696-698, u. 700-702, u. 704-706, u. 708-710, u. 712-714, u. 716-718, u. 720-722, u. 724-726, u. 728-730, u. 732-734, u. 736-738, u. 740-742, u. 744-746, u. 748-750, u. 752-754, u. 756-758, u. 760-762, u. 764-766, u. 768-770, u. 772-774, u. 776-778, u. 780-782, u. 784-786, u. 788-790, u. 792-794, u. 796-798, u. 800-802, u. 804-806, u. 808-810, u. 812-814, u. 816-818, u. 820-822, u. 824-826, u. 828-830, u. 832-834, u. 836-838, u. 840-842, u. 844-846, u. 848-850, u. 852-854, u. 856-858, u. 860-862, u. 864-866, u. 868-870, u. 872-874, u. 876-878, u. 880-882, u. 884-886, u. 888-890, u. 892-894, u. 896-898, u. 900-902, u. 904-906, u. 908-910, u. 912-914, u. 916-918, u. 920-922, u. 924-926, u. 928-930, u. 932-934, u. 936-938, u. 940-942, u. 944-946, u. 948-950, u. 952-954, u. 956-958, u. 960-962, u. 964-966, u. 968-970, u. 972-974, u. 976-978, u. 980-982, u. 984-986, u. 988-990, u. 992-994, u. 996-998, u. 1000-1002, u. 1004-1006, u. 1008-1010, u. 1012-1014, u. 1016-1018, u. 1020-1022, u. 1024-1026, u. 1028-1030, u. 1032-1034, u. 1036-1038, u. 1040-1042, u. 1044-1046, u. 1048-1050, u. 1052-1054, u. 1056-1058, u. 1060-1062, u. 1064-1066, u. 1068-1070, u. 1072-1074, u. 1076-1078, u. 1080-1082, u. 1084-1086, u. 1088-1090, u. 1092-1094, u. 1096-1098, u. 1100-1102, u. 1104-1106, u. 1108-1110, u. 1112-1114, u. 1116-1118, u. 1120-1122, u. 1124-1126, u. 1128-1130, u. 1132-1134, u. 1136-1138, u. 1140-1142, u. 1144-1146, u. 1148-1150, u. 1152-1154, u. 1156-1158, u. 1160-1162, u. 1164-1166, u. 1168-1170, u. 1172-1174, u. 1176-1178, u. 1180-1182, u. 1184-1186, u. 1188-1190, u. 1192-1194, u. 1196-1198, u. 1200-1202, u. 1204-1206, u. 1208-1210, u. 1212-1214, u. 1216-1218, u. 1220-1222, u. 1224-1226, u. 1228-1230, u. 1232-1234, u. 1236-1238, u. 1240-1242, u. 1244-1246, u. 1248-1250, u. 1252-1254, u. 1256-1258, u. 1260-1262, u. 1264-1266, u. 1268-1270, u. 1272-1274, u. 1276-1278, u. 1280-1282, u. 1284-1286, u. 1288-1290, u. 1292-1294, u. 1296-1298, u. 1300-1302, u. 1304-1306, u. 1308-1310, u. 1312-1314, u. 1316-1318, u. 1320-1322, u. 1324-1326, u. 1328-1330, u. 1332-1334, u. 1336-1338, u. 1340-1342, u. 1344-1346, u. 1348-1350, u. 1352-1354, u. 1356-1358, u. 1360-1362, u. 1364-1366, u. 1368-1370, u. 1372-1374, u. 1376-1378, u. 1380-1382, u. 1384-1386, u. 1388-1390, u. 1392-1394, u. 1396-1398, u. 1400-1402, u. 1404-1406, u. 1408-1410, u. 1412-1414, u. 1416-1418, u. 1420-1422, u. 1424-1426, u. 1428-1430, u. 1432-1434, u. 1436-1438, u. 1440-1442, u. 1444-1446, u. 1448-1450, u. 1452-1454, u. 1456-1458, u. 1460-1462, u. 1464-1466, u. 1468-1470, u. 1472-1474, u. 1476-1478, u. 1480-1482, u. 1484-1486, u. 1488-1490, u. 1492-1494, u. 1496-1498, u. 1500-1502, u. 1504-1506, u. 1508-1510, u. 1512-1514, u. 1516-1518, u. 1520-1522, u. 1524-1526, u. 1528-1530, u. 1532-1534, u. 1536-1538, u. 1540-1542, u. 1544-1546, u. 1548-1550, u. 1552-1554, u. 1556-1558, u. 1560-1562, u. 1564-1566, u. 1568-1570, u. 1572-1574, u. 1576-1578, u. 1580-1582, u. 1584-1586, u. 1588-1590, u. 1592-1594, u. 1596-1598, u. 1600-1602, u. 1604-1606, u. 1608-1610, u. 1612-1614, u. 1616-1618, u. 1620-1622, u. 1624-1626, u. 1628-1630, u. 1632-1634, u. 1636-1638, u. 1640-1642, u. 1644-1646, u. 1648-1650, u. 1652-1654, u. 1656-1658, u. 1660-1662, u. 1664-1666, u. 1668-1670, u. 1672-1674, u. 1676-1678, u. 1680-1682, u. 1684-1686, u. 1688-1690, u. 1692-1694, u. 1696-1698, u. 1700-1702, u. 1704-1706, u. 1708-1710, u. 1712-1714, u. 1716-1718, u. 1720-1722, u. 1724-1726, u. 1728-1730, u. 1732-1734, u. 1736-1738, u. 1740-1742, u. 1744-1746, u. 1748-1750, u. 1752-1754, u. 1756-1758, u. 1760-1762, u. 1764-1766, u. 1768-1770, u. 1772-1774, u. 1776-1778, u. 1780-1782, u. 1784-1786, u. 1788-1790, u. 1792-1794, u. 1796-1798, u. 1800-1802, u. 1804-1806, u. 1808-1810, u. 1812-1814, u. 1816-1818, u. 1820-1822, u. 1824-1826, u. 1828-1830, u. 1832-1834, u. 1836-1838, u. 1840-1842, u. 1844-1846, u. 1848-1850, u. 1852-1854, u. 1856-1858, u. 1860-1862, u. 1864-1866, u. 1868-1870, u. 1872-1874, u. 1876-1878, u. 1880-1882, u. 1884-1886, u. 1888-1890, u. 1892-1894, u. 1896-1898, u. 1900-1902, u. 1904-1906, u. 1908-1910, u. 1912-1914, u. 1916-1918, u. 1920-1922, u. 1924-1926, u. 1928-1930, u. 1932-1934, u. 1936-1938, u. 1940-1942, u. 1944-1946, u. 1948-1950, u. 1952-1954, u. 1956-1958, u. 1960-1962, u. 1964-1966, u. 1968-1970, u. 1972-1974, u. 1976-1978, u. 1980-1982, u. 1984-1986, u. 1988-1990, u. 1992-1994, u. 1996-1998, u. 2000-2002, u. 2004-2006, u. 2008-2010, u. 2012-2014, u. 2016-2018, u. 2020-2022, u. 2024-2026, u. 2028-2030, u. 2032-2034, u. 2036-2038, u. 2040-2042, u. 2044-2046, u. 2048-2050, u. 2052-2054, u. 2056-2058, u. 2060-2062, u. 2064-2066, u. 2068-2070, u. 2072-2074, u. 2076-2078, u. 2080-2082, u. 2084-2086, u. 2088-2090, u. 2092-2094, u. 2096-2098, u. 2100-2102, u. 2104-2106, u. 2108-2110, u. 2112-2114, u. 2116-2118, u. 2120-2122, u. 2124-2126, u. 2128-2130, u. 2132-2134, u. 2136-2138, u. 2140-2142, u. 2144-2146, u. 2148-2150, u. 2152-2154, u. 2156-2158, u. 2160-2162, u. 2164-2166, u. 2168-2170, u. 2172-2174, u. 2176-2178, u. 2180-2182, u. 2184-2186, u. 2188-2190, u. 2192-2194, u. 2196-2198, u. 2200-2202, u. 2204-2206, u. 2208-2210, u. 2212-2214, u. 2216-2218, u. 2220-2222, u. 2224-2226, u. 2228-2230, u. 2232-2234, u. 2236-2238, u. 2240-2242, u. 2244-2246, u. 2248-2250, u. 2252-2254, u. 2256-2258, u. 2260-2262, u. 2264-2266, u. 2268-2270, u. 2272-2274, u. 2276-2278, u. 2280-2282, u. 2284-2286, u. 2288-2290, u. 2292-2294, u. 2296-2298, u. 2300-2302, u. 2304-2306, u. 2308-2310, u. 2312-2314, u. 2316-2318, u. 2320-2322, u. 2324-2326, u. 2328-2330, u. 2332-2334, u. 2336-2338, u. 2340-2342, u. 2344-2346, u. 2348-2350, u. 2352-2354, u. 2356-2358, u. 2360-2362, u. 2364-2366, u. 2368-2370, u. 2372-2374, u. 2376-2378, u. 2380-2382, u. 2384-2386, u. 2388-2390, u. 2392-2394, u. 2396-2398, u. 2400-2402, u. 2404-2406, u. 2408-2410, u. 2412-2414, u. 2416-2418, u. 2420-2422, u. 2424-2426, u. 2428-2430, u. 2432-2434, u. 2436-2438, u. 2440-2442, u. 2444-2446, u. 2448-2450, u. 2452-2454, u. 2456-2458, u. 2460-2462, u. 2464-2466, u. 2468-2470, u. 2472-2474, u. 2476-2478, u. 2480-2482, u. 2484-2486, u. 2488-2490, u. 2492-2494, u. 2496-2498, u. 2500-2502, u. 2504-2506, u. 2508-2510, u. 2512-2514, u. 2516-2518, u. 2520-2522, u. 2524-2526, u. 2528-2530, u. 2532-2534, u. 2536-2538, u. 2540-2542, u. 2544-2546, u. 2548-2550, u. 2552-2554, u. 2556-2558, u. 2560-2562, u. 2564-2566, u. 2568-2570, u. 2572-2574, u. 2576-2578, u. 2580-2582, u. 2584-2586, u. 2588-2590, u. 2592-2594, u. 2596-2598, u. 2600-2602, u. 2604-2

Preussische Landesversammlung.

11. Sitzung, Mittwoch, den 23. März.

Präsident Reinert eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Das Haus tritt in die Besprechung der vom Staatsminister am Dienstag abgegebenen Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Finanzministers ein.

Abg. Pang (Soz.): Geseien hat sich in diesem Hause zum erstenmal eine parlamentarische Reaktion vorgezeigt. Das bedeutet eine völlige Ummkehr an der Tatsache, daß gerade hier sich die schärfsten Wahlrechtskämpfe abgepielt haben. Es ist bedauerlich, daß das preussische Volk bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung nicht eine sozialdemokratische Mehrheit zustande gebracht hat. Es wäre besser gewesen, wenn wir gestern die Erklärungen einer rein sozialistischen Regierung entgegengenommen hätten. So müssen wir uns mit einer Reaktionsregierung befassen. Wir geben zu, daß die Ausführungen des Ministerpräsidenten weitestgehend zugehörig an unsere freirechtlichen Forderungen enthielten. In der Durchführung ihres Programms werden wir die Regierung unterstützen, aber auch auf dem Gebiete der Freiheit und des Sozialismus vorwärts treiben. Solange die deutsche Republik kein Einheitsstaat ist, halten wir an einem freirechtlichen Preußen fest, das wir radikal ausbauen bemüht sein werden. Am besonders werden wir hier für eine Erneuerung der Revolution in der Verfassung sorgen. Als vornehmste und dringlichste Aufgabe verlangen wir von der Regierung die umgehende Verrückung der Reaktionsminister. Durch solche Verrückung wie die am letzten Sonntag in den Straßen Berlins werden revolutionäre Abfälle Beamte in ihren Tugenden besonders unterstügt. (Anrufer rechts, Jurat der Unabhängigen: Unter dem Schutze der Regierung) Ein völlig unhaltbarer Zustand ist die Hintertreibung der Gemeindefunktionen in ganzen Kreisen. In in ganzen Regierungsbezirken. Meine Freunde wünschen, daß die Regierung Maßnahmen ergreift, nach denen spätestens bis zum 1. Mai überall die Wahlen der Gemeindevertreter vorgenommen sein müssen, ferner die geschwindig verlaufenden Wahlen unanfällig erklärt und die störenden Einschränkungen über den Wahlrecht aufgehoben werden. Verlagt die Regierung, dann müssen die Arbeiter eingreifen, um selbst Wandel schaffen. Ich wünsche das nicht, denn es ist sicher, daß die Regierung sich mit einem guten Willen allein durchsetzt. Ihr Verlangen würde in den Augen der Arbeiter eine unerträgliche Schwäche bedeuten. Am besonders sollte die Regierung noch einmal den Versuch zur Durchführung der Wahlen in den besetzten Gebieten unternehmen. Doch diese Wahlen auf feindlichen Befehl unterbleiben sind, ist die Schuld der bürgerlichen Parteien, die durch ihre unredlichen Proteste gegen die Wahlen den feindlichen Befehlshabern das Material für ihr Verbot geliefert haben. Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über

die Kulturfragen

haben unserer freirechtlichen und sozialistischen Auffassung nicht völlig entsprochen. Die Einheitschule fordern wir prinzipiell so rasch wie möglich. Der weltliche Religionsunterricht und die Aufhebung des Zwangs an Religionsübungen außerhalb der Schule muß für Lehrer und Schüler ebenfalls, aber so schnell wie irgend möglich durchgeführt werden. Die Regierung wird sofort darüber Auskunft geben müssen, wie sie sich die Regelung der Volksschule und Arbeiterkassen denkt. Um nicht das Volk dem Nationalismus und Volksweltismus immer mehr in die Arme zu treiben, müssen wir alles tun, um die Volksschule zu erweitern, müssen wir aber ebenso dringend verlangen, daß bald ein dauernder Frieden zustande kommt und die Aufhebung der Verdade und Lebensmittel und Rohstoffe ins Land bringt. Das Volk verlangt jetzt Taten. In diesem Sinne wird meine Partei die neue Regierung unterstützen. (Beifall d. d. Soz.)

Abg. Dr. Forst (R.): So wenig die Sozialdemokraten im Kabinett aufstehen, Sozialisten zu sein, so wenig werden meine Freunde als Minister ihre Partei verleugnen. Sie stehen fest auf dem Boden des Parteiprogramms. Bei der Stellung des Staates zur Kirche und Schule scheiden sich die Geister, meinte der Vordrucker. In Weimar ist der Satz aufgestellt worden von der Sicherstellung der persönlichen und der Gewissensfreiheit; eine feste Form hat er ja noch nicht erhalten. In Ausführung dieses Grundgesetzes will nun die Regierung in weiterer Nähe als bisher die Möglichkeit schaffen, außerhalb des Schutzes der Kirche zu leben. Hier tritt der neue Vorstoß des weltlichen Religionsunterrichts in den Vordergrund. Ich verstehe das so: die Religion bleibt wie bisher unantastbar, aber der Lehrer, der diesen Unterricht aus Gewissensgründen nicht erteilen kann, hat das Recht, sich davon fernzuhalten, und die Eltern, die die gleichen Gewissensbedenken haben, haben das Recht, ihre Kinder davon fernzuhalten. Diese Freiheit zu gewähren, ist mir recht. Aber diese Freiheit würde keine wahre Freiheit sein, wenn nun den Millionen, welche aus Gewissensgründen in fester Verbindung mit ihrem Glauben leben und sterben wollen, dieser Glaube verkrümmert würde, wenn den Eltern, die dem Staate ihre Kinder anvertrauen müssen, nicht unterkrümmert die Möglichkeit gewährt würde, den Glauben der Kinder nach Tugend zu fördern. (Beifall Zustimmung im Centrum.) Diese Freiheit müssen wir verlangen, und ich darf annehmen, daß auch die Sozialdemokraten diese Freiheit gewähren wollen; dann können wir trotz der vorhandenen Gegensätze weiter zusammen arbeiten. Auch wer nicht auf dem Boden unseres Glaubens steht, muß die Berechtigung dieser Forderung anerkennen in einer Zeit, so schwer wie die jetzige, wo der Glaube noch der einzige Halt ist, der die Menschheit hat. Ich glaube, daß auch der Kulturminister dafür Verständnis haben wird. (Abg. Adolf Hoffmann: Der läßt sich freuen, wie Sie wollen! — Große Heiterkeit.) Herr Gaenisch hat ja selbst befunden, daß es auch auf diesem Gebiete nicht zu scheitern, sondern neu und zweckmäßig aufzubauen gilt. Sollte es zu diesem Aufbau kommen, so sind wir selbstverständlich zur Mitwirkung bereit. (Beifall im Centrum.)

Abg. von Nordhoff (Deutschnat.): Es ist ein Vorwand unerschütterlicher Art, wie man das preussische Offizierskorps, das man uns in der Welt vertrieben nachzumachen versucht hat, mit Schmutz und Schande beworfen hat. (Große Anrufer links, Zustimmung rechts.) In der Tat, die auf dem Felde der Ehre geblieben sind, sie können glücklich sein, daß es ihnen erspart geblieben ist, ihr Vaterland in einer Verfassung wiederzugeben, wo das Banner der Wehrlosigkeit und Ehrlosigkeit aufgeflogen ist. (Stürmische Unterbrechung links, Rufe: Wo ist Schuld daran? Sie, gerade Sie!) Kein preussischer Staatsmann darf einen Frieden unterschreiben, der nicht ganz genau den 14 Punkten Wilsons entspricht, der uns nicht die Freiheit gibt, wieder ein starkes Oer zu unterhalten. (Erneuter stürmischer Widerspruch bei den Soz. und U-Soz.) Haben wir kein starkes Oer, so wird Deutschland wieder wie in vergangenen Jahrhunderten, dem Zielverfall für die Arzene fremder Nationen sein. Wir fordern ferner von der Regierung, daß man die Frage der Schuld an den Krieg in den Vordergrund der Diskussion stellt. Deutschland ist daran nicht Schuld gewesen. (Beifall Zustimmung rechts, große Anrufer links.) Wir verlangen die Leffnung der Schuld. Der Ministerpräsident hat gestern meinen Freunden die Schuld an den Krieg zugeschoben. Sehr mit Unrecht. (Zurufe von den Soz.) Wissen Sie denn nicht, daß die

englischen Einkaufspolitik? (Beifall Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Rufe: Junkerium! Militarismus!) Sind Ihnen denn auch die Schriften Ihres eigenen Parteifreundes Dr. Dautz unbekannt? Der Ministerpräsident hat an verantwortlicher Stelle eine reiche Partie gezeichnet und dadurch dem Lande und seinem Interesse den schwersten Schaden zugefügt. (Anbauernde Anrufer links; Prof. Reinert bittet wiederholt, etwas mehr Ruhe zu bewahren.) Doch der Zusammenbruch in einer so juchenden Form erfolgte, ist Ihre Schuld. (Wermühter Sturm auf der linken; Rufe: Landrat!)

Selbstverständlich wäre es noch unserer Ueberzeugung das Richtige gewesen, wenn wir die monarchische Staatsform behielten, nicht die republikanische bekommen hätten. Auch über den Kreis meiner Freunde hinaus hat es peinlich im Hause berührt, daß der Ministerpräsident es nicht der Mühe wert gehalten hat, unserm früheren Fürstehaus ein Wort zu widmen. (Große Anrufer und Laufen links.) Die baltische Revolutionregierung hat dem Großherzoglichen Hause ihren Dank ausgesprochen. (Zurbauernde Anrufer links.) Die Revolution ist das größte Verbrechen, das je am deutschen Volke begangen worden ist. Denken Sie an die Arbeiter- und Soldatenräte Was haben diese Räte, die den Neustationschwandel gemacht haben, nicht nur dem Staat, sondern auch den Gemeinden gestiftet! (Anbauernde stürmische Entrüstungsbildungen bei den Sozialdemokraten. Glocke des Präsidenten.)

Prof. Reinert: Herr Abgeordneter von Nordhoff, Sie haben im Zusammenhang mit den Arbeiter- und Soldatenräten von Revolutionsschwandel gesprochen. Wo Schwandel ist, müssen auch Schwinder sein! Ich weise die Beleidigung der Arbeiter- und Soldatenräte als unstatthaft zurück und rufe Sie zur Ordnung!

Abg. von Nordhoff: Ich sage mich selbstverständlich der Auffassung des Herrn Präsidenten, stelle aber sehr, daß Ordnungszwecke wegen Beleidigung von Persönlichkeiten außerhalb des Hauses bisher nicht erfüllt wurden.

Prof. Reinert: Herr Abgeordneter, Sie können aus dem Handbuch der verfassunggebenden Landesversammlung ersehen, daß sich unter den Mitwirkenden des Hauses zahlreiche Angehörige von Arbeiter- und Soldatenräten befinden, die durch Ihre Bemerkung beleidigt worden sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. von Nordhoff: Ich will mich durchaus nicht entschuldigen; ich stelle aber sehr, daß dies der erste Ordnungsruf ist, den ich mir während meiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit zugezogen habe, und hoffe, daß es der letzte war, bedauere aber, daß er doch nun auf mir ist.

Prof. Reinert: Ich kann mich darüber auf eine Diskussion mit Ihnen nicht einlassen.

Abg. von Nordhoff (fährt fort): Ich stehe mit der Regierung durchaus auf dem Standpunkte, daß über die Weltwirtschaft der Arbeiter- und Soldatenräte genaue Nachrichten abgelesen werden muß. Wir wollen wissen, in welchen Taschen das Geld verschwindet. Ich glaube, an dieser Stelle anzusprechen zu müssen, daß es vermuthlich in den Taschen von sozialistischen Agitatoren geblieben ist. (Minutenlanger Lärm. Anbauernde Stürme. — Rufe: Nordbrüter! Maul! Wenn das alles nicht wahr ist, was ich sage, würden Sie (zu den Sozialdemokraten) sich doch nicht so aufregen. (Erneuter anbauernde Lärm.)

Dem Kultusprogramm der Regierung können wir nicht folgen. Wir haben es als eine verächtliche Beleidigung empfunden, daß ein Mann wie Adolf Hoffmann Kultusminister eines Kulturstaates erlen lassen worden ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen den konfessionellen Religionsunterricht unter freier Gewährung der freien Entfaltung der Eltern. Wenn wir auch sehr schwach im Hause vertreten sind, so ist doch unter die Zukunft und unser der Sieg! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerpräsident Hirsch: Herr von Nordhoff hat eine höchst provokatorische Rede gehalten. Ich habe sie geradezu als

Signal zur Gegenrevolution

empfunden. (Beifall Bewegung im ganzen Hause.) Wenn es auch glaubt, daß seiner Partei die Zukunft gehört, so wird seine Rede im Lande kein Echo finden. Die Regierung ist entschlossen, alle reaktionären Strömungen mit Macht zu bekämpfen und wird durch die Nordhoff'sche Rede in der Auffassung bekräftigt, daß die demokratischen Reformen unschleunig durchgeführt werden müssen. Die Darstellung Herrn von Nordhoff über die Ursachen der Revolution muß als unhistorisch zurückgewiesen. Es kann nicht beunruhigen, daß Herr von Nordhoff die Revolution das größte Verbrechen genannt hat. Er selbst weiß aus der Geschichte, daß der früheren Revolutionen die verdrängten Machthaber ebenso wie er immer von dem „Revolutionsschwandel“ gesprochen haben. Das größte Verbrechen am Volke haben die Regierungen, die für den Reichen verantwortlich sind. (Zürmischer Beifall.) Dafür will ich nicht eine Regierung allein und auch nicht eine Partei allein verantwortlich machen, aber Herr von Nordhoff kann nicht bestritten, daß gerade von zahlreichen seiner Parteifreunde vor und während des Krieges Schreien gehalten und phantastische Anzeigensprüche propagiert worden sind. (Stürmischer Beifall.) Bei der Beurteilung der Arbeiter- und Soldatenräte verkenne ich nicht, daß vereinzelte Uebergriffe vorgekommen sind. Ich betone ausdrücklich: vereinzelte! (Widerpruch rechts.) Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich um den Staat zweifellos große Verdienste erworben. Eine große Anzahl Beamter hat positive Leistungen; an mehreren Stellen ist sogar von ihnen eine Aufforderung gegen die Rückhaltung der Gemeindefunktionen ergangen. Das kann die Regierung nicht dulden und muß solche Beamte befristigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen nicht eine sozialdemokratische Parteiherrschaft aufrichten, so wie es früher eine konfessionelle Parteiherrschaft gegeben hat. Diese hat Preußen ins Unglück geführt. Für und aber heißt es wirklich schicklich: Freie Bahn dem Tüchtigen! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Finanzminister Sadekm: Ich habe bis jetzt nicht gewußt, daß Herr von Nordhoff ein so großes Interesse an der Forderung der Arbeiter- und Soldatenräte hat; eine Rede wird das Vertrauen zu ihnen im Lande sicherlich nicht erschüttern, sondern eher verfestern.

Wir haben schon am 10. November eine Verordnung an alle Behörden erlassen, wonach die Kosten für die Räte von den Stellen aufgebracht werden sollen, bei denen sie tätig waren. Strenge Sparsamkeit wurde angedrungen. Im allgemeinen ist der eingangsene Arbeitsverdienst zu vergüten und nicht mehr. Dagegen kommt eine angemessene Auswärtentatigkeit und der Urlaub für bare Auslösen. Alle Ausgaben sind zu belegen. Im Regierungsbezirk Stettin wurden bis Ende Januar für die Räte insgesamt 180 000 Mark aufgewendet, und zwar bei den holländischen Behörden. Bei den kommunalen Behörden kosteten die Räte 70 000 Mark. Im Bezirk Magdeburg insgesamt 180 000 Mark. (Zurufe: In Düsseldorf kosteten sie 200 000 Mark!) In Düsseldorf war vor der Revolution in der Stadtverordnetenversammlung kein einziger Sozialdemokrat. Wilde Soldatenräte und Abweichungen von der Norm haben sich immer nur in politisch nicht aufgeklärten Gemeinden gezeigt. Daher die Vorgänge in Allenheim und Sendburg. Das ist ein Beweis dafür, daß dort die politische Schulung des Volkes unter Null ist. Wo eine regelmäßige, ordentliche Arbeit

vorhanden war, haben die Räte immer gut gewirkt. Die Verordnungen werden jetzt fast reiflos durchgeführt. In einzelnen Ortschaften haben sich die Räte die größten Verdienste erworben, namentlich auch dort im besetzten Gebiet, wo die Offiziere ihre Pflicht als schändlicher unverantwortlicher Weise vernachlässigt haben. Dort sind von den Räten dem Staate Millionen und Milliarden angesetzt worden. Ich sage nur das eine Wort: Kräfte! Die verantwortlichen Stellen haben dort ihre Pflicht schändlich im Stich gelassen. Leute mit Epauletten, die so groß waren, daß sie kaum auf den Schultern Platz hatten, sind in einer Weise ausgerissen, daß das ein

ewiges Schandmal

sein wird. Bei Nacht und Nebel haben sie sich und ihr Gut in Sicherheit gebracht. (Beifall Zustimmung der Soz.) Die Herren von den Räten sind also am wenigsten berechtigt, Vermürfe zu erheben. (Beifall der Soz.) Ministerpräsidenten auch wir. Die Schuld an allen Fehlern tragen aber diejenigen, die diese Ansehensheraushebungen haben. (Beifall der Soz.) Man soll die Tüchtigkeit der Räte nicht schmähern, sondern anerkennen. (Beifall der Soz.)

Abg. Gassel (Dem.) dankt den Rednern und erklärt, daß unsere Feinde die wesentliche Schuld am Ausbruch des Krieges tragen. Die schwerste Schuld tragen aber diejenigen, die diesen Krieg verlängert und einen zeitigen Frieden verhindert haben. Der Redner ermahnt an die konfessionelle Debe gegen den Reichstag. Den Zusammenbruch haben nicht die Sozialdemokraten verursacht, sondern das alte Regime. Durch die Verwirrung des Wahlrechts wurde eine schwere Ersitterung in die Massen getragen.

Auf dem Gebiete der Schule treten wir für die gemeinsame Erziehung aller Kinder des Volkes in der Volksschule ein, ebenso für die Einheitschule als ein zu erreichendes Ziel. Deswegen für die Aufhebung der Vorschulen, die sich als Ständeschulen längst überlebt haben. Einem großen Fortschritt bedeutet für uns, daß den Gemeinden das Recht gegeben werden soll, Simultanschulen zu errichten; wir erwarten baldigt die feindliche Koalition zum Schulunterhaltungsgefes. Wir wollen jeden Gewissenszwang vermeiden sehen, darum begrüßen wir den weltlichen konfessionellen Unterricht, schließen uns aber auch gleichmäßig der Forderung des Centrums an. Der Verzicht auf die Errichtung von Petrieten, die dafür reif sind, und einem Privatmonopolartigen Charakter erhalten haben, stimmen wir zu, ebenso der Forderung der Kommunalisierung von Wasser, Gas, Elektrizität und Verkehr. Wir freuen uns darüber, daß in dem Programm des Ministerpräsidenten von der Verstaatlichung des Lebensmittelhandels nichts zu hören war. Wir sind in die Regierung eingetreten unter Verzicht auf manche Wünsche, die wir sehr erwünscht hätten, aber nicht unter Verzicht auf unser Programm. Wir werden der Regierung keine blinde Gefolgschaft leisten, sondern wir werden wagen und prüfen.

Abg. Kurt Rosenfeld (U. S. B.):

Das Programm der neuen Regierung zeigt uns, daß die einst so stolze Sozialdemokratie sich unter dem Schutze der bürgerlichen Demokratie und des Centrums geflüchtet hat. Welch eine Enttäuschung für die Arbeiterklasse! Ich bin aber überzeugt, daß preussische Volk wird eine solche Regierung bald abschütteln. Selbst dem „Barmaria“ ist nicht ganz wohl dabei. Und er meint selber in einer Anwandlung von Aufrichtigkeit, es sei ein noch größeres Wunder als die

Beurteilung von Konraden und Nordhoff.

Aber das es möglich ist, lächelt mir zu bewiesen, daß die Führer der Rechtssozialisten jede Fühlung mit der Arbeiterklasse verloren haben. (Große Bewegung bei den Soz.) Ich spreche nur von den Nordhoff und weiß, daß die anständigen Elemente in ihren Reihen sich in heftiger Opposition befinden. Wie weit die Rechtssozialisten auf der linken Ebene gekommen sind, geht daraus hervor, daß ehrliche Demokraten, wie Herr von Veria, es vorziehen, nicht mehr mit dieser Regierung zusammenzuarbeiten. Und berichet der „Lafospartei“ nicht sogar, daß die Rechtssozialisten bei der Lafospartei angeklöpelt haben, um eine Mehrheit zu finden? Wären sie die Kerle gewesen, die sie sein sollten, dann hätten sie auch allein die Regierung bilden können. Aber es scheint, als ob sie den Fischmasche wollen haben, um dahinter ihre volkstümliche Volk zu verbergen.

Von anderer Seite ist die Auffassung vertreten worden, Demokraten und Centrum hätten die Aufgabe, die Sozialdemokratie vor allzu großen Seitenprüngen zu bewahren. Die „Germania“ lächelt, das Centrum sei unter voller Wahrung ihrer parteiethischen Grundsätze in die Regierung eingetreten. Und was dabei für die Kulturpolitik herausgebrungen wird, ähmert selbst dem „Vorwärts“.

Herr Hirsch hat sein Ministerium an Herrn Heine abgegeben, wahrscheinlich, weil das Centrum ihn für den starken Mann hielt, der höchstens von Tasse überlistet wird. Jetzt finden mehr Verhaftungen aus politischen Gründen statt, als jemals in früheren Zeiten. Früher hat Herr Heine andere Ansehen vertreten. Er hat im Reichstoge ausgeführt, politische Prozesse sind der

Tod einer geordneten Rechtspflege.

Deute finden Tag für Tag unter seiner Ministerschaft politische Prozesse statt.

Wie weit die Zustände im

Kultusministerium

gebühen sind, dafür ein Beispiel aus dem „Vorwärts“, der letzte Blatte führt wegen der politischen Maßregelungen von Lehrern. Die Unterrichtsreferate, die Herrn Gaenisch beigegeben sind, werden ihn schon gehörig bearbeiten. (Zurufe d. d. Soz.) Nun, Sie sind es doch, die die Minister wählen, sind also voll mitschuldig. Selbst von Rechtssozialisten wird gefordert, daß die kulturpolitischen Aufgaben aus opportunistischen Gründen zurückgeschraubt werden sind.

Herr Eisenbahnminister Oeser ist nachgesagt worden, er sei genehiger den Anforderungen der Eisenbahnarbeiter widerstandsfähiger als ein sozialistischer Minister. Das werden sich diese Arbeiterklasse merken. Es ist bedauerlich, daß das unter einem sozialistischen Ministerium möglich ist.

Es mag mir erseuenlich, daß Herr Sadekm gefehlt ausführt, die

Unterstützungsfähigkeit der Arbeiterlosen

selen zu niedrig. Wenn Sie bis erst meinen, dann sorgen Sie dafür, daß die geringen Sätze nicht auch noch verneuert werden müssen. Wir haben sehr viele schöne Worte gehört, aber wir müssen mißtrauisch sein.

Nicht Worte, sondern die Taten sind das Entscheidende.

Das Regierungsprogramm ist interessant nicht durch das, was es enthält, sondern durch das, was es nicht enthält. Mein Wort von

der Aufhebung des Besagerungsanstandes

steht darin. Das Wort: mit dem Besagerungsanstand kann jeder Teil regieren, trifft hier mehr denn je zu. Und noch weniger ist von

Wanneltie

die Rede. Kaufende, wegen politischer Verneken und auch ganz ungeschicklich Verhalten, schmachten in überhöhten Gefängnissen.

Der Verengerungsstand ist eine Schmach, er wird in der einseitigen Weise gehandhabt. Während die Arbeiterklasse rücksichtslos geknebelt wird, dürfen die monarchischen Straßendemonstrationen mit Ovationen für Wilhelm II. und für Ludendorff veranstaltet. Soweit sind wir gekommen.

Es scheint, als ob auch bei den Reichsheilern endlich ein Licht zu dämmern beginnt. Herr Birsch hat heute zur Rede des Abg. Nordhoff gesagt, sie sei ein Signal der Weimarer Revolution gewesen. Wenn nur die Einsicht nicht so spät käme und nachfällig genug sein würde.

Die Stellung des Ministerpräsidenten zu den

Arbeiterkräften,

so unbefriedigend sie an sich ist, bedeutet doch schon für Herrn Birsch einen gewaltigen Schritt nach links. Aus dem ganzen Verhalten der Reichsheilern geht hervor, daß auch Sie auf dem besten Wege zur vollen Anerkennung des Räuberheims begriffen sind. Und ich sage Ihnen, die Entwicklung der Dinge wird Sie bald völlig zu unserer Auffassung bekehren. Minister Ernst geht in der Feindschaft zu den Arbeiterkräften soweit, sie nicht einmal den Feuerwehrlöcher zu gestatten. Erst ein Demonstrationstzug mußte ihn eines besseren belehren.

Ich würde eine Pflicht gegen das internationale Proletariat verletzten, wenn ich nicht der ungarischen Arbeiterkraft auch von dieser Stelle unsere warmste Sympathie zum Ausdruck bringen würde. (Stürmische Unterbrechung und Beifall links.)

Herr v. Nordhoff hat Auffklärung über die Tätigkeit der Reichsminister verlangt. Darin stimmen wir ihm bei, denn wir sind überzeugt, daß es da gar nichts zu verbergen gibt. Aber wir werden auch hineinkucken in die Mikrowirtschaft der Landräte. Ganz unterschieden werde ich mich jedoch gegen die Unterstellung, die aufgewandten Gelder seien vorwiegend in die Taschen sozialdemokratischer Agitatoren geflossen. Solch ein Vorwurf ist viel zu niedrig, als daß ich mich lange damit aufhalten möchte. (Sehr richtig links.)

Was die Regierung über

Sozialisierung

gesagt hat, war so minimal, daß es wahrhaftig keiner sozialistischen Regierung bedurfte hätte, um das Wenige durchzuführen.

Das Volk verlangt entschiedene Schritte.

Berlin muß sich heute genau so wie früher über schlechte Behandlung beklagen. Wie hat die Stadt durch die Regierungsruppen gelitten. Die Regierung hat Schuld an diesen Dingen, sie soll auch die Folgen übernehmen. In den Steuerfragen der Gemeinden befragt die Regierung gleichfalls ganz und gar. Die Gemeinden scheinen nach einer regelnden Verordnung, um die Lasten gerechter auf die Schultern der Reichen legen zu können und die Schultern der Armen zu entlasten.

In der Schlußfrage ist die Regierung Schritt um Schritt zurückgewichen, obwohl im Erfurter Programm die Einzelheiten gefordert sind. In der gleichen Schrift, auf die sich ja auch Herr Birsch beruft, wird die

Trennung von Staat und Kirche,

von Kirche und Schule gefordert. Die Verwirklichung wird auf unbestimmte Zeit verlagert. Bekümmert ist, daß auch Herr Haas (Rehrh.) kein Wort darüber gesagt hat. Wir sehen also, daß das Zentrum auf der ganzen Linie gesenkt hat.

Rechtspflege durch einen unabhängigen Richterstand fordert die Regierung in ihrem verwaltenden Programm und doch heißt es ganz klar im Programm der Soz. Partei

Rechtspflege durch vom Volk gewählte Richter.

Es muß endlich einmal mit dem Berufsjuristentum aufgeräumt werden, mit den von Klassenurteilen umnebelten Gehirnen. Ist es eine vollständige Rechtspflege, daß die Männer und Frauen vor die Schwurgerichte gejagt und abgeurteilt werden, die sich nichts anderes haben ausdenken können, als was die Männer am 3. November getan haben, auf die sich die Herrschaft der Regierung doch stützt? Heute, die auf Anordnung der Staatsanwaltschaft aus der Haft entlassen werden sollten, müssen oft noch wochenlang ohne jeden Grund in Haft bleiben. So sieht die Rechtspflege unter dem Minister Heine aus. Ich erinnere an die ermordeten Matrosen in der französischen Strafe. Warum sorgt die Regierung nicht für die Freilassung der schuldlos Inhaftierten? Warum geschieht

nichts gegen die Mörder?

Man komme uns nicht mit der Ausrede, es handle sich um militärische Angelegenheiten. Wenn der Minister auferstanden ist, dem Recht zum Siege zu verhelfen, dann soll er hier vor die Öffentlichkeit treten und diese anrufen.

Herr Heine interessiert sich ja besonders für unser

Parteiorgan in der Schilderstraße.

Aber bis heute sind die dort weggenommenen Listen, Gelder, Karten nicht zurückgegeben, obwohl längst erlassen ist, daß die Ankladigung, dort seien Waffen gefunden worden, sich als ebeas falsch erwiesen hat, wie das Gerücht vom Lichteberger Massenmord und vom Adlershofer Waffenfund.

Ganz merkwürdig nimmt es sich aus, wenn Herr v. Nordhoff sich über den Kampf der Entente gegen Frauen und Kinder beklagt. Wo waren Sie bei dem „U-Boot-Krieg“, der ausländische Frauen und Kinder zum Opfer forworte. Waren nicht Ihre Anhänger die eifrigsten Befürworter dieses Kampfes? Sie mögen sagen, was Sie wollen, die militärischen Kriege werden Sie nicht von Ihren Nachbarn abhählen.

Bürgerliche Parteien verbünden sich mit den Reichsoberhäupten, um die Kapitalherrschaft ausrecht zu erhalten. Sie können dabei nur gewinnen. Und die Rechtssozialisten geben sich zur

Schutztruppe des Kapitals

Herr (Widerspruch bei den Rehrh.) Glauben Sie, die Herrschaft des Kapitals mit Hilfe des Zentrums und der Demokraten zu beschaffen? Mit reinlichen Mitteln ist heute nichts mehr geäu. Die Arbeiterklasse verlangt heute mit Recht auf mehr gegeben. Die Revolution hat ihr ein Recht und die Regierung, die sich dem Aufstieg der Arbeiterklasse entgegenstellt, wird hinweggewischt werden und darum kann es für uns nur eins geben: Nichts mit dieser Regierung!

Minister des Innern Heine: Wenn wir jetzt mehr politische Prozesse haben als je zuvor, so liegt das an den Strafenkämpfen, die die Unabhängigen auf dem Gewissen haben. (Stürmischer Widerspruch b. d. U. Soz.) Auch weiß Herr Dr. Rosenfeld, daß die Angeklagten zum Teil Spitzbübeln sind. Am Vormärz hat man ja verlangt, den Geldstrafen zu fraden, ebenso bei Kasse. Eine Amnestie ist unmöglich, solange noch neue Kämpfe drohen. Sie wäre jetzt geradezu eine Prämie auf die Wiederholung der verbrecherischen Ururben. (Große Unruhe b. d. U. Soz.) Adolf Hoffmann hat ja neulich selbst angekündigt, der nächste Generalstreik werde am 26. März beginnen. (Erneuter Sturm b. d. U. Soz. — Erneute Jurufe des Abg. Hoffmann.) Auch in einem Flugblatt in der neue Generalstreik angekündigt worden. Heberall im Lande wird auch von den Unabhängigen für ihn gewirkt. (Andauernder Lärm b. d. U. Soz.) Aus diesen Kennzeichen sind die Berliner Straßensämpfe entstanden, und solange wir vor ihrer Wiederholung nicht sicher sind, werden wir im Interesse der ruhigen gesellschaftlichen und politischen Arbeit zur Aufrechterhaltung des Belagerrungsstandes

genötigt sein. Ueber den Vorfall in der Französischen Strafe ist eine militärgerichtliche Untersuchung angeordnet worden, die an der Leitung von Liebknecht und Rosa Luxemburg Mitschuldigen sind seit langem in Gerichtsbarkeit auf einen, dem es infolge einer veräußerten ungeschickten Stellungnahme gelungen ist, sich zu brücken. Der Rindener Mörder, der mit Namen und Wohnung bekannt war, der sich öffentlich seiner Tat gerühmt hat, ist, obwohl damals die U. S. P. die Herrschaft hatte, nicht verhaftet worden und die „Freiheit“ hat den ganzen Vorgang verschwiegen. (Andauernder Lärm bei den U. Soz.) Den Belagerungsstand haben diejenigen zu verantworten, die den Aufruhr herbeigeführt haben und das sind die Unabhängigen. (Stürmischer Widerspruch b. d. U. Soz. und Jurufe: Kapitalistischer.) Wir werden uns jedenfalls nicht gefallen lassen, daß auch durch Demonstrationen wie die des letzten Sonntags mit schwarz-weißen Fahnen und die öffentliche Ordnung gestört wird. Der Gouverneur Schöpplin hat bereits bei Kasse beantragt, gegen den Nationalbund der deutschen Offiziere, der die Demonstration am Bismarck-Denkmal vornahm und General Ludendorff die Ovation vorbrachte, die Bestimmungen des Belagerungsstandes anzuwenden. Ich halte die Absicht der Reichsregierung vorzuschlagen, den Paragrafen des Strafrechts aufzuheben, der die unzulässige Führung des Reichspräsidenten unter Strafe stellt. Geschieht dies, so sichere ich dem Abgeordneten Dr. Rosenfeld zu, daß er sich ruhig von Kasse nennen kann. (Stürmische Heilerheit im ganzen Hause.) Damit ist dann der Abbel abgeklafft. (Erneute große Heilerheit.) Gegen den Vorwurf, der Minister Haas ein lächerliche wäre eine lächerliche Figur, protestiere ich auf das allerentschiedenste.

Finanzminister Dr. Schäferum wendet sich gegen die allgemeine Steuerfreiheit bis zu 3000 Mark, die der unabhängige Redner gefordert hatte, weil das bei den verschiedenen Verhältnissen in den Städten und auf dem platten Lande zu Ungerechtigkeiten führen würde. Wir wollen gern gerechte und soziale Steuern einführen, aber Steuerfrei wird keiner bleiben können. Ein Staat, der seinen Bewohnern vom 20. Jahre ab das gleiche Wahlrecht gewährt, hat ein Anrecht darauf, daß jeder nach seinem Können sein Stimmrecht zur Deckung der Kosten des Staatshaushaltes machen wird zu viel Worte. (Beifall.)

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. Weiterberatung. Anträge.

In dem Bericht über die Rede des Abg. Stoeker (U. S.) ist am Schluß infolge eines technischen Versehens ein Satz angefügt, der Genosse Storder als einen Patrioten vom „freien deutschen Rhein“ erscheinen läßt. Aufmerksamere Leser werden wohl herausgefunden haben, daß dieser Satz in eine andere Rede gehört.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung hielt Herr Scheidemann die angekündigte Rede über die auswärtige Politik. So berechtigt sein Protest gegen die Vergewaltigung Deutschlands ist, so ungeeignet ist doch gerade er dazu, diese Vorkämpfe gegen die Entente zu erheben. Seine Anlagerecke wird deshalb auf die Entente wohl ebenso wenig Eindruck machen, wie die von ihm angekündigten Maßnahmen gegen die monarchistischen Demonstrationen auf die betreffenden Offiziere. Herr Scheidemann und seine Gesinnungsfreunde mögen jetzt noch so scharfe Worte gegen die monarchistischen Kundgebungen finden, sie schaffen die Tatsache nicht aus der Welt, daß sie diese Leute erst wieder in den Sattel geholt und es dadurch verschuldet haben, daß jetzt ganz Berlin unter dieser Plage leidet. Herr Scheidemann mag in Weimar reden. Dafür werden die Offiziere in Berlin um so entschledener handeln. Auch kündigte Scheidemann die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes an, vor dem Ludendorff und ähnliche Kriegshelmer sich verantworten sollen.

Im übrigen drehte sich die Debatte um Mittelstandsfragen. Den Mittelständlern ist der Achtstundentag ein Dorn im Auge. Ihr kräftiger Vorstoß dagegen hat nur eine schwache Zurückweisung durch die Regierung erfahren. Genosse Wurm stellte das ausdrücklich fest und legte sodann eingehend dar, daß auch für den Mittelstand die einzige Rettung in der Sozialisierung zu sehen sei, die ihm eine auskömmliche Existenz als Angestellter gewährleisten.

20. Sitzung, den 20. März 1919.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort

Ministerpräsident Scheidemann:

Die auswärtige Politik steht im Zeichen unerhörten Zwanges. Täglich mehren sich die Klagen aus dem Ausland, in denen neue Erdrückungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt werden. Unerhörte Summen Schadenersatz sollen und auferlegt, neue Strecken rein deutschen Landes an genommen und erdrückende Beschränkungen in unseren finanziellen und militärischen Angelegenheiten und befohlen werden. Sichtlich ist ein großer Teil dieser Bedingungen erfunden zu dem Zweck, uns noch und noch durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen (Sehr richtig), erfunden zu dem Zweck, eine Atmosphäre zu schaffen, die unter ihrem Druck die Proteste selbst gegen einen Generalstreik ersticken würde. (Lebhafte Zustimmung.) Unser gequältes, noch grausamer als vom Kriege vom Waffenstillstand mißhandeltes Volk hat diese Methode verkannt. Durch ganz Deutschland geht ein

Rufschrei aus tiefster Verzweiflung.

ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt, an das Gewissen der Menschheit. Als das wilhelmsche Reich an die Spitze in der höchsten Wüste stand, hatte es am meisten mit der Reichsanvertrauenslosigkeit zu kämpfen. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erlebt es, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen höchst laut und inniger wird. Aber, so rufen uns die sogenannten

Rabulanten von links

zu, das deutsche Volk hat gar kein Recht zum Protest gegen Vergewaltigungen, denn Herz-Litovitz und Zukoren seien unsere Schuld. Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes vorgeschlagen, der die Schuldfrage nach allen Seiten prüfen und dann urteilen sollte. England hat diesen Vorschlag abgelehnt. (Hört! Hört!) Es ist also nicht unsere Schuld, wenn dieser von uns selbst vorgeschlagene Prozeß ungeführt bleibt. Aber selbst wenn Deutschland aller Verbrechen, deren man es jetzt bezichtigt, wirklich schuldig wäre, hat es darum das heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigungen zu protestieren? (Sehr gut!) Hat es darum das Recht verloren, gegen die Herrschaft der Reichsregierung zu protestieren, die ihm die Gurgel zu brücken würden? (Sehr gut! Jurufe bei den U. Soz. Wir, nicht aber Sie!) Was von uns jemals nach Ihrer (b. d. U. Soz.) Meinung an Vergewaltigungen beschuldigt worden ist, es zeigt auch nicht

annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber schon ausgeführt haben und noch ausführen wollen. Späht ist schlimmer als Verrat, weil Späht zeigt, daß es vor Verrat nichts gelernt hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Rehrh.) Aber nicht nur die äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Am letzten Sonntag fanden einige Versammlungen in Berlin statt, die berufen unter dem Eindruck der Klagen, daß Westpreußen Danzig, das Saargebiet ihre Zugehörigkeit zum Reich zu verlieren drohten. (Jurufe rechts: Posen!) Der Reichsminister hat für diese, allen Deutschen und allen Parteien gleichermaßen an Herzen liegenden Kundgebungen die Bestimmungen des Belagerungsstandes aufgehoben und hat die Strafe freigegeben. Aber was erfolgte? Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon kennzeichnend, daß er die Ausführungen des Reichsministers Grabberger und meines Parteifreundes Bernstein mit lärmenden Kundgebungen unterbrach gegen den Widerspruch der überwiegenen Mehrheit, nur weil die beiden Redner sich auf den Boden des Wilsonprogrammes gestellt hatten. (Hört! Hört!) Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage waren, zeigt so recht der sogenannte

Nationalbund deutscher Offiziere.

ein Haufen politisch unreflexer Herren. (Große Unruhe rechts, Jurufe: Na, na! Lärm links.) In ihren Reihen spielt der ehemalige Reichsanwalt Weeber eine führende Rolle. (Stürmische Hört! Hört! links, Jurufe links: Ein Weirger! Lärm und Unruhe rechts.) Diese Herren brauchen es fertig, Heil dir im Siegerkranz zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhüten eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen für die armseliche Lappalie einer Clique, gegenüber 30 000 Mitgliedern des Deutschen Offizierbundes, der von solchen Politikern nichts wissen will. (Hört! Hört!) Man brachle dem General

Ludendorff

Ovationen, der sich natürlich ganz zufällig (große Unruhe rechts) in der Wilhelmstraße befand. (Hört! Hört! bei der Rehrh.) Das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollt, aber in seinen Wirkungen war es

Randbesverrat.

(Lebhafte Zustimmung bei der Rehrh. Großer Lärm rechts.) Sie haben unseren Gegnern wieder Grund zu der Behauptung gegeben, bei und sei alles beim alten geblieben. (Sehr richtig! b. d. U. Soz. Lachen b. d. Soz.) Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Vorkommnisse am Sonntag. Wir protestieren gegen die Fällungsversuche, die die Freiheit der Revolution nicht für, sondern gegen unser Volk mißbrauchen. (Lebh. Beifall.) Ich weiß nicht, wie man dieses Treiben am besten brandmarken soll. (Unruhe rechts.) Unser leidendes von jeder militärischen Kraft entblößtes und der Vernichtung preisgegebenes Volk — (stürmische Unterbrechung rechts, Jurufe rechts: Das ist die Schuld der Revolution — Lärm und Jurufe links: Ludendorff ist schuld. — Bewegung im ganzen Hause.) Wir werden uns das Herausbeschwören neuer außenpolitischer Gefahren durch eine Handvoll Reaktionäre nicht weiter gefallen lassen, wir dulden das nicht. (Stürmische Wäre hier Mitschuld, Ueberleben wäre Verbrechen am eigenen Volk. Mit erhobener Stimme fortsetzend:) Wir werden die Herren zu fassen wissen, die eine betrügliche Schuld der Vergangenheit auf eine neue Gegenwart übertragen wollen. (Hört! Hört! Bewegung.) Die Autonomie des Generals Ludendorff bei diesen Vorkommnissen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Seine Schuld oder Nichtschuld wird sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen, er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall b. d. Rehrh.) Hört! Jurufe rechts: Aber ein unabhängiger Gerichtshof! Wir werden dafür sorgen, daß dieser Gerichtshof unparteiisch zusammengeleitet wird. Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesandten zur

Errichtung eines Staatsgerichtshofes

bei diesem hohen Hause einbringen werden, um auch nach dieser Seite zu dokumentieren: Das neue Deutschland lernt für sich und für andere, für innere und äußere Gegenstände nur das Eine: Die Gesetze des Rechtes und nur des Rechtes. (Lebh. Beifall.)

Das Haus erklärt sich damit einverstanden, daß die Besprechung der Rede beim Notetol erfolgt.

Darauf wird die Besprechung der Interpellation über Mittelstand und Kleinverderbe fortgesetzt.

Abg. Herrmann-Neutlingen (Dem.): Die Antwort des Ministers Bissel hat uns nicht im wünschenswerten Maße befriedigt. (Sehr richtig! b. d. Dem.) Wir hätten mehr Wärme in seiner Antwort gewünscht. (Sehr wohl! b. d. Dem.) Wenn so unangebracht viele Mittelstandsbesorgnisse vernichtet sind, so können sie sich bei denen bedanken, die es verhindert haben, rechtzeitig einen Verständigungsfrieden zu schließen. (Beifall links, Unruhe und Jurufe rechts.) Sie haben doch die Freiheit geholt! Wie denkt sich der Reichswirtschaftsminister die Durchführung des Achtstundentages in den Saisonbetrieben? Keine Freunde lehnen es entschieden ab, jetzt mit einer Sozialisierung der Bäckereien, Metzgereien und des Baugewerbes vorzugehen. Dafür liegt jetzt kein Bedürfnis vor, und die Betriebe sind keineswegs dafür reif. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. Dugg (D. Sp.): Arbeitslosigkeit und wirtschaftliches Mißbehagen sind der gefährlichste Nährboden des Sozialismus. Und mit politischen Konzeptionen wird man diesen Quell der Unruhe und der Revolution nicht vertreiben können. (Sehr richtig! rechts.) Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien, der Metzgereien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz macht. (Beifall und Zustimmung rechts.) Die weiterentwickelte Arbeitslosigkeit gibt zu einem großen Teil zurück auf die ungewöhnliche Ausbeutung der Arbeitslosenkräfte. Die Sozialisierung kommt die Emporentwertung der deutschen Wirtschaft, denn sie wirkt niederdrückend, verteuert und leistungsvermindernd. (Sehr richtig! rechts.)

Kommissar des Reichswirtschaftsamtes, Geheimrat Trendelenburg: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentages im Handwerk schweben zur Zeit Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium. Ueber die Frage, inwieweit eine Kommunalisierung von kleinen Wirtschaftsbetrieben und Unternehmungen angezeigt erscheint, sind Erwägungen im Gange.

Abg. Wurm (U. Soz.): Der Untergang des Mittelstandes ist eine durch kein wolkvolles und nicht einmal durch realistische Maßregeln auszubehende Tatsache. Ich behaupte, daß vom Regierungssitz keine schärfere Antwort gegen den Versuch erfolgt ist, den Achtstundentag wieder zu beseitigen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Durch künstliche Galvanisierung einer toten Produktionsform kann den Mittelstandsbefragten nicht geholfen werden. Helfen kann ihnen nur die Sozialisierung und Kommunalisierung, bei der sie als Angestellte reichlich ihr Wohl finden können. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Die Arbeiter und die Mittelständler zusammen müssen die Existenz des arbeitenden Volkes gegenüber den kapitalistischen Interessen bilden. (Beifall b. d. U. Soz. Unruhe b. d. Soz.)

Die Vorlage auf Eintritt Württembergs zur Vierteuergemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichskontroll für 1919.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. (Notetol für 1919.)